

Paulis Apinis

Lettland nach der Wahl zur 7. Saeima

■ Rückblick

Am 3. Oktober 1998 fanden in Lettland die dritten freien und demokratischen Parlamentswahlen nach Wiederherstellung der Unabhängigkeit am 21. August 1991 statt. Aus den Wahlen zur 5. Saeima im Jahre 1993 ging die liberal orientierte Partei Lettländs Weg (Latvijas Cels) als Sieger hervor und bildete zusammen mit der konservativen Bauernunion (Latvijas Zemnieku Savieniba) eine Minderheitsregierung. Der Parteivorsitzende von Lettländs Weg, Valdis Birkavs, wurde Ministerpräsident. Differenzen über die Landwirtschafts- und die Wirtschaftspolitik führten zum Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten. Maris Gailis (Lettlands Weg) führte die neue Koalitionsregierung, bestehend aus der Vereinigung der Volkswirte und unabhängigen Abgeordneten, bis zu den Wahlen im Herbst 1995.

Die Sitzverteilung nach den Wahlen im Jahre 1995 ließ eine schwierige Regierungsbildung erwarten. Der Nationale Versöhnungsblock und der Nationale Block vereinigten gleich viele Abgeordnete. Zwei Kandidaten, jeweils vom Präsidenten für das Amt des Ministerpräsidenten vorgeschlagen, erhielten nicht die Mehrheit im Saeima. Maris Grinblats (Vaterland und Freiheit) und Ziedonis Cevers (Demokratische Partei Saimnieks) erhielten keine Zustimmung. Präsident Guntis Ulmanis stellte als dritten Kandidaten den politisch unabhängigen Unternehmer Andris Skele vor. Dieser erhielt eine Mehrheit in der Saeima und stellte eine „Regenbogenregierung“ zusammen. Er stand einer Regierung vor, die aus Abgeordneten der Parteien Lettländs Weg (LC), Vaterland und

Aus den dritten Parlamentswahlen im Herbst 1998 erwartete Andris Skele als Sieger hervorzugehen und mit seiner neugegründeten Volkspartei die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Das Wahlergebnis machte aber den Verband Lettländs Weg und deren Wahlkampfleiter Vilis Kristopans zum überraschenden Sieger. Eine liberal-konservative Minderheitsregierung mit Duldung der erstarkten Sozialdemokraten konnte gebildet werden. Die stärkste Partei wurde in die Opposition geschickt. Dieser Wahlausgang, der durch das gleichzeitig durchgeführte Referendum beeinflusst wurde, brachte eine instabile Regierungskoalition an die Macht. Das Scheitern war absehbar und wurde mit der Wahl von Vaira Vike-Freiberga zur Präsidentin im Sommer 1999 beschleunigt. Lettland bekam folglich den Ministerpräsidenten, den die Wähler zur 7. Saeima gewünscht hatten.

Freiheit (TB), der Demokratischen Partei Saimnieks (DPS), der Christlich-Demokratischen Union Lettlands (KDS), der Bauernunion (LZS) und der Lettischen Nationalkonservativen Partei (LNNK) bestand. In der Regierungsarbeit war jede Partei bestrebt, ihren gesellschaftspolitischen Einfluß nicht zu verlieren.

Andris Skele versuchte, den Staat wie ein Wirtschaftsunternehmen zu führen. Der ökonomische Erfolg stellte sich bald ein. Stark kritisiert wurde der Regierungschef wegen seines autoritären Führungsstils. Eine Abstimmung zu einem Rücktrittsangebot überstand Andris Skele, aber die Risse innerhalb der Regierung konnten nicht gekittet werden. Ein zweites Rücktrittsangebot folgte und die Regierung trat geschlossen zurück.

Im August 1997 erging an die Partei Vaterland und Freiheit (TB) von Präsident Guntis Ulmanis das Angebot, die Regierung in der schwierigen Phase bis zu den Wahlen zu führen. Guntars Krasts, Wirtschaftsminister in der Regierung von Andris Skele, wurde als neuer Ministerpräsident von der Saeima akzeptiert. Nur geringfügig veränderte er die Ressortbesetzungen, und auch die vorherigen Regierungsparteien setzten ihre Arbeit fort. Der Betrachter von außen erhielt den Eindruck, als habe man nur Andris Skele loswerden wollen. Mit Guntars Krasts als Ministerpräsident gelang es der national orientierten Partei Vaterland und Freiheit/LNNK (TB/LNNK) einen noch stärkeren Einfluss auf die Regierungstätigkeit auszuüben. Besonders im Verhältnis zu Russland und in der Frage der Staatsbürgerschaft zeichneten sich kompliziertere Verhandlungen ab.

Guntars Krasts bemühte sich, diese beiden schwierigen Themenbereiche durchdacht anzugehen. Provokationen von Russland und eine strikte Haltung des OSZE-Kommissars für Menschenrechte, Max van der Stoel, führten zu heftigen Diskussionen in der lettischen Saeima. Besonders in den Monaten März und April 1998 (Proteste vor der Stadtverwaltung Riga wegen verschiedener kommunaler Abgaben; Rückzug der Demokratischen Partei Saimnieks aus der Regierungsarbeit; Bombenanschlag auf die Synagoge in Riga; Bombenanschlag in der Nähe der Botschaft Russlands; Öffentliche Gedenkveranstaltung von Mitgliedern der lettischen Waffen-SS) überstand das Kabinett von Guntars Krasts mehrere Regie-

■ Im August 1997 erging an die Partei Vaterland und Freiheit (TB) von Präsident Guntis Ulmanis das Angebot, die Regierung in der schwierigen Phase bis zu den Wahlen zu führen.

rungskrisen. Der Aufruf zum Boykott von lettischen Produkten, die Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen und weitere Drohungen hinsichtlich der Staatsbürgerschaftsfrage folgten von Seiten Russlands. Die Zugehörigkeit der lettischen Waffen-SS zur nazideutschen Waffen-SS wurde zum Anlass innenpolitischer Auseinandersetzungen, da ausländische Proteste zur Gedankenveranstaltung folgten. Nach dem Selbstverständnis der Veteranen allerdings hat die lettische Waffen-SS, die lettische Legion, im Zweiten Weltkrieg für die Freiheit Lettlands gegen die Sowjetunion und nicht für die Ziele Nazi-deutschlands gekämpft. Auf den Druck der Europäischen Union wurde das sogenannte Einbürgerungsfenster, wonach die in Lettland geborenen Ausländer, vornehmlich Russen, nur schrittweise die Einbürgerung beantragen können, und die nicht in Lettland geborenen erst ab dem Jahre 2000 nur in einem bestimmten Kontingent berücksichtigt werden sollten, von der Saeima abgeschafft. Eine Liberalisierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes, wie von der OSZE gefordert, wurde angenommen.

Die Regierungen von Valdis Birkavs und Maris Gailis hatten Lettland auf den Weg zur Europäischen Union und zur NATO gebracht, aber viele innenpolitische Fragen nicht gelöst. Die Regierung von Andris Skele wollte die anstehenden Probleme durch wirtschaftlichen Erfolg lösen. Die Exekutive von Guntars Krasts bekam nun die Härte der ungelösten Probleme zu spüren.

Weiterhin müssen wichtige Großunternehmen privatisiert werden, der Grenzvertrag mit Russland ist nicht abgeschlossen, in die Gruppe der ersten EU-Beitrittskandidaten wurde Lettland erst im Dezember 1999 auf dem EU-Gipfel in Helsinki eingeladen und in der NATO-Osterweiterung wird man mit der Phrase, „die Tür sei offen“, vertröstet.

■ Die Regierungen von Valdis Birkavs und Maris Gailis hatten Lettland auf den Weg zur Europäischen Union und zur NATO gebracht, aber viele innenpolitische Fragen nicht gelöst.

■ Politische Veränderungen in Lettland im Jahr nach den Parlamentswahlen

Der vorliegende Artikel soll die zwei Regierungswechsel und die Präsidentenwahlen näher beleuchten und dabei die innenpolitische Situation in dem zentralen Land der Baltischen Region darstellen. Lettland hat jahrelang durch parteipolitische Zwistigkeiten

und wechselnde Mehrheiten in der Saeima im außenpolitischen Bewusstsein im Schatten Estlands gestanden. Letztlich bestand sogar die Gefahr, hinter Litauen abzufallen. Das Charisma eines Lennart Meri, des Präsidenten von Estland, und die Dynamik eines Mart Laar, des estnischen Ministerpräsidenten, wurden vermisst. Die Wahl von Valdas Adamkus in Litauen zum Präsidenten symbolisierte verstärkt die Hinwendung zum Westen. Der häufig mit Skandalen verbundene Wechsel soll jetzt zu Ende sein. Erstmals regieren die drei stärksten Parteien gemeinsam. Reformen sollen durchgesetzt werden und demonstrativ wird Stabilität versprochen. Ministerpräsident Skele will den Worten Taten folgen lassen.

Lettlands neue Präsidentin Vaira Vike-Freiberga kann keiner sich politisch engagierenden Wirtschaftsgruppierung zugerechnet werden. Sie will Lettland dienen und übernimmt ihr schweres Amt mit großem Idealismus, der bei vielen Exil-Letten noch verblieben ist. Es wird von ihrem Durchsetzungsvermögen abhängen, welche Rolle Lettland im europäischen und weltpolitischen Konzert einnehmen darf.

■ In die 7. Saeima ziehen nur sechs Listen ein

In die neue Saeima gelangten nur sechs Listen. Die meisten Abgeordneten entsendet die Volkspartei. Im Vergleich mit der 6. Saeima ist die Popularität der Nationalradikalen gesunken, aber die der Sozialdemokraten (Linke) und der Vertreter von Lettlands Weg (Liberale) gestiegen.

Die Volkspartei ging als Siegerin aus den Wahlen hervor. Für sie stimmten 20,9 Prozent der Wähler. Die zweitpopulärste Partei wurde Lettlands Weg mit 18,2 Prozent der Wählerstimmen, gefolgt von der Partei für Volkseintracht mit 14,23 Prozent. Das viertbeste Ergebnis erzielte Für Vaterland und Freiheit/ Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands mit 14,15 Prozent; es folgt der Bund der Sozialdemokraten mit 12,9 Prozent und die Neue Partei mit 7,4 Prozent. Obwohl die Partei für Volkseintracht in Lettland insgesamt mehr Stimmen als die Partei Für Vaterland und Freiheit/ Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands erhalten hat, wird sie in der Saeima durch weniger Abgeordnete vertreten sein, weil

■ Die Volkspartei ging als Siegerin aus den Wahlen hervor. Für sie stimmten 20,9 Prozent der Wähler. Die zweitpopulärste Partei wurde Lettlands Weg mit 18,2 Prozent der Wählerstimmen, gefolgt von der Partei für Volkseintracht mit 14,23 Prozent.

die Mandate gemäß dem lettischen Wahlsystem auf die Parteien nach deren Erfolgen in allen fünf Wahlkreisen verteilt werden. Es entscheidet das Kräfteverhältnis in jedem einzelnen Wahlkreis.

Partei	Stimmen absolut	Stimmen in Prozent	Sitze
Volkspartei (<i>Tautas partija</i>)	203,585	21,19	24
Lettlands Weg (<i>Latvijas Cels</i>)	173,420	18,05	21
Partei für Volkseintracht (<i>Tautas saskanas partija</i>)	140,773	14,65	17
Vaterland und Freiheit/ LNNK (<i>Tevzemei un brivibai/ Latvijas Nacionala Neatkarības Kustība</i>)	135,700	14,12	16
Bund der Sozialdemokraten Lettlands (<i>Latvijas Socialdemokrātu Apvienība</i>)	123,056	12,81	14
Neue Partei (<i>Jauna partija</i>)	70,214	7,31	8

■ Offizielles Ergebnis der Wahlen zur 7. Saeima:

Quelle: Archiv des Parlaments der Rep. Lettland;
www.saeima.lv

Von den zur 7. Saeima-Wahl angemeldeten 21 Listen überschritten die Fünf-Prozent-Hürde nur sechs. In die 6. Saeima waren neun Listen gekommen, die insgesamt elf Parteien darstellten, und in die 5. Saeima waren acht Listen gelangt. Die übrigen Parteien bleiben weit unter der Fünf-Prozent-Hürde. Der Bauernbund Lettlands erhielt 2,5 Prozent der Wählerstimmen, die Vereinigung von Arbeitspartei, Christlichen Demokraten und Grünen 2,3 Prozent, die Partei Für Lettland von Joachim Siegerist 1,7 Prozent und die Demokratische Partei Saimnieks 1,6 Prozent der Wählerstimmen. Die übrigen Listen erreichten weniger als ein Prozent der Stimmen, darunter auch die in der 6. Saeima mit acht Mandaten vertretene Einheitspartei, die diesmal mit 0,5 Prozent nur geringe Unterstützung beim Wähler fand. Am schlimmsten erging es der Partei der Nationalen Reformen, die nur von 0,05 Prozent oder 491 Bürgern gewählt wurde.

In die 7. Saeima sind zwei im Jahre 1998 gegründete Parteien und die Sozialdemokraten gelangt, die weder in der 5., noch in der 6. Saeima vertreten waren. Von den etablierten politischen Kräften haben nur drei der harten Konkurrenz standhalten können. Die

■ In die 7. Saeima sind zwei im Jahre 1998 gegründete Parteien und die Sozialdemokraten gelangt, die weder in der 5., noch in der 6. Saeima vertreten waren. Von den etablierten politischen Kräften haben nur drei der harten Konkurrenz standhalten können.

Popularität von angeblichen Spitzenparteien, wie der Demokratischen Partei Saimnieks und der Partei von Joachim Siegerist, ist nahezu verschwunden.

I An der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten folgende Parteien:

Partei	Stimmen in Prozent
Bauernunion (<i>Latvijas Zemnieku Savieniba</i>)	2,5
Arbeitspartei/ CDU/ Grüne Partei (<i>Darba partija/Kristigo Demokratu Apvieniba/ Zala partija</i>)	2,3
Für Lettland – Partei von Joachim Siegerist (<i>Latvijai – Zigerista partija</i>)	1,7
Demokratische Partei Der Hauswirt (<i>Demokratiska partija Saimnieks</i>)	1,6

■ Im Vergleich zu den vorigen Wahlen ist die Zahl der Wähler auffallend gewachsen, die ihre Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben haben.

Im Vergleich zu den vorigen Wahlen ist die Zahl der Wähler auffallend gewachsen, die ihre Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben haben. Die Zahl ihrer Unterstützer war am Wahlabend um 8,3 Prozent größer als vor drei Jahren, als ihnen 0,4 Prozent fehlten, um die notwendigen fünf Prozent zu erreichen. Den zweitgrößten Zuwachs erlebte Lettlands Weg. Für ihn haben bei diesen Wahlen 3,5 Prozent mehr Wähler gestimmt als 1995, und in der 7. Saeima wird diese Partei vier Abgeordnete mehr haben als bisher.

Wenn man die Stimmenzahl, die die Partei für Volkseintracht und die Sozialisten in der 6. Saeima erhielten, mit der jetzigen vergleicht, kann man sehen, dass die Zahl der Unterstützer dieser politischen Kräfte um drei Prozent, aber die Zahl der erhaltenen Mandate um fünf gewachsen ist.

Die national orientierten Kräfte dagegen haben viel von ihrer Popularität eingebüßt. Die Koalition der Parteien Für Vaterland und Freiheit und der Nationalen Unabhängigkeitsbewegung Lettlands/ Bauernpartei Lettlands hatte bei der 6. Saeimawahl 18,2 Prozent der Stimmen und 22 Mandate erhalten; diesmal hat Für Vaterland und Freiheit/Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands 4,1 Prozent weniger, und die Zahl der Mandate ist um fünf geschrumpft.

Die höchste Wahlbeteiligung war im Wahlkreis Vidzeme zu beobachten. Sie betrug dort 76,5 Prozent, in Kurzeme 71,8 Prozent, in Zemgale 70,49 Prozent, in Latgale 69,21 Prozent und in der Stadt Riga 66,94 Prozent.

Die Wahlbeteiligung lag landesweit bei 71,9 Prozent, d.h. 946 667 Bürger des Landes gingen zu den Urnen. Wahlberechtigt waren 1 348 535, davon leben 30 218 im Ausland.

■ Sechs Parteien nehmen Abschied von der Saeima

Sechs bislang vertretene Parteien wurden nicht wieder in die 7. Saeima gewählt, darunter auch die zwei erfolgreichsten politischen Kräfte der vorigen Wahl – die Demokratische Partei Saimnieks (Der Hauswirt) und die Volksbewegung Für Lettland (Führer dieser Partei ist der deutschstämmige Joachim Siegerist). 55 Abgeordnete der 6. Saeima wurden nicht wiedergewählt.

Die Demokratische Partei Saimnieks (Der Hauswirt), die in der vorigen Wahl als junge politische Kraft die größte Anzahl von Wählerstimmen gewann, entpuppte sich als Partei von einer Legislaturperiode. In der 6. Saeima stellte die DPS noch mit 18 Abgeordneten die größte Fraktion. Am Wahltag entschieden sich für diese Partei nur 1,6 Prozent der Wähler.

Viesturs Boka, Stellvertreter des Vorsitzenden der DPS, gestand, dass die zugelassenen „politischen Unzulänglichkeiten“ an der Niederlage schuld waren, doch wollte er keine konkreten Beispiele dieser „Unzulänglichkeiten“ nennen. Die DPS habe 1300 Mitglieder, und V. Boka wollte keine überstürzten Schlussfolgerungen für die Zukunft der Partei ziehen, obwohl er zuließ, dass nach Auswertung der Wahlergebnisse es „möglich sei, dass die Frage der Zusammenarbeit der DPS mit anderen politischen Kräften hervortreten wird“. Boka wollte nicht präzisieren, welche Rolle bei der Niederlage der Partei die Impulsivität des Parteiführers Ziedonis Cevers gespielt habe. Ziedonis Cevers teilte hingegen mit, dass die Partei bereits im Frühjahr einen Fehler gemacht habe, als sie sich zu wenig mit der Öffentlichkeit auseinandergesetzt habe. Sie habe nicht erklärt, weshalb sie die Regierung verlassen habe.

Die Volksbewegung Für Lettland hatte bei den Wahlen zuvor die zweitgrößte Stimmenzahl erhalten. Die Unterstützung lag jetzt bei nur 1,7 Prozent der Wähler. Joachim Siegerist übernahm die Verantwortung für die Niederlage seiner Partei und verkündete seinen Rücktritt vom Posten des Mitvorsitzenden

■ Sechs bislang vertretene Parteien wurden nicht wieder in die 7. Saeima gewählt.

der Volksbewegung Für Lettland. „Das bedeutet nicht, dass ich auch meine soziale Arbeit in Lettland einstellen werde,“ so in seiner Mitteilung für die Presse. Die Wahlergebnisse kommentierend gab Joachim Siegerist zu: „So ist die Demokratie. Das Ergebnis muß akzeptiert werden – auch wenn es keinen Grund zum Feiern gibt. Wir hatten keine Aussichten gegen das große Geld unserer Gegner.“

Die Bauernunion Lettländs (LZS) stellte in der 6. Saeima drei Abgeordnete. Damals hatte die gemeinsame Liste von LZS/KDS/LDP (Bauernbund/Christliche Demokraten/Demokratische Partei von Latgale) acht Mandate erhalten. Bei den Wahlen zur 7. Saeima schrumpfte die Bauernunion auf 2,46 Prozent. „Mir tut keineswegs die Bauernunion leid. Sie hat politische Fehler gemacht. Wir durften uns nicht so offen mit einer Finanzierungsquelle binden lassen. Der Mensch auf dem Lande, der tut mir sehr leid. Er verliert einen wichtigen Fürsprecher, denn die Bauernunion war der einzige Verteidiger der Leute vom Lande,“ so der Abgeordnete der Bauernunion Pauls Putnins.

Die Fünf-Prozent-Hürde konnte auch das Bündnis von DP/KDS/LZP (Arbeitspartei/Christliche Demokraten/Grüne) nicht überspringen. Diese Fraktion mit elf Abgeordneten wurde nach der Umgruppierung der politischen Kräfte in der 6. Saeima gebildet. Aristids Lambergs, der in diesem Bündnis die Grünen vertrat, machte kein Geheimnis aus der Tatsache, dass der größte Fehler in der individuell geführten Wahlkampagne der drei einzelnen Parteien zu suchen sei, und dass diese Parteien nicht zu einer geschlossenen Mannschaft wurden. Auch andere Politiker bemerkten, dass sowohl viele christliche als auch die grünen Kandidaten im Schatten von Aivars und Ilga Kreituss standen. Diese Kandidaten hatten zu wenig Werbung, womit die Liste auch verlor. Die einzelnen Kandidaten hatten zu wenige Möglichkeiten, für sich Werbung zu machen. In dem Bündnis gab es bekannte Einzelkandidaten, aber die gemeinsame Liste blieb unbeachtet.

■ Wähler unterstützen neue Sympathieträger

Bei den politischen Sympathien in den Regionen Zemgallen (Zemgale) und Kurland (Kurzeme) ist ein

krasser Wandel eingetreten. Die führende Position nimmt jetzt anstatt der Partei von Siegerist die Volkspartei (Tautas Partija) ein. In Kurland liegt die Volkspartei vor der Demokratischen Partei Saimnieks. In der Hauptstadt Riga und in Latgale haben sich die Wähler für die Sozialisten und die Partei für VolksEintracht ausgesprochen. Wie schon bei den drei vorangegangenen Wahlen unterstützten die Wähler vorwiegend neugegründete politische Kräfte. Die etablierten Parteien profitierten von der sich langsam herausbildenden Stammwählerschaft.

■ In Vidzeme wird die Volkspartei populärste Partei

Vor drei Jahren zeigte das Wahlverhalten der Bevölkerung von Vidzeme folgendes Bild: Die populärsten Parteien waren die Demokratische Partei Saimnieks, Lettlands Weg, die Partei Siegerists, Für Vaterland und Freiheit, und die Einheitspartei. Diesmal gibt es neue Namen und eine neue Reihenordnung: Angeführt von der Volkspartei folgen Lettlands Weg, Für Vaterland und Freiheit/Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands, die Sozialdemokraten und die Neue Partei. In Vidzeme belegt die Volkspartei die erste Position in den meisten Orten, so in Jurmala (bei der vorigen Wahl gewann hier die Mehrzahl der Stimmen Für Vaterland und Freiheit), im Bezirk Cesis (vorher Partei Siegerists), im Bezirk Limbazi (vorher Demokratische Partei Saimnieks), im Bezirk Ogre (vorher Partei Siegerists), im Bezirk Riga (vorher Demokratische Partei Saimnieks), im Bezirk Valka (vorher Demokratische Partei Saimnieks) und im Bezirk Valmiera (vorher die Demokratische Partei Saimnieks). Lettlands Weg gewann im Bezirk Aluksne (wie bisher), im Bezirk Gumbene (vorher Partei Siegerists) und im Bezirk Madona (vorher Partei Siegerists).

**■ In Vidzeme belegt die
Volkspartei die erste Posi-
tion in den meisten Orten.**

■ In Kurzeme – Volkspartei zeigt überzeugenden Sieg

Im Wahlkreis Kurzeme hatte bei der Wahl zu der 6. Saeima die Partei Siegerists die meisten Stimmen gewonnen. Es folgten die Demokratische Partei Saimnieks, Lettlands Weg, Für Vaterland und Freiheit und

der Bauernbund. Die jetzigen Wahlen sind für die fünf führenden Parteien in diesem Teil Lettlands wie folgt ausgegangen: Die Spaltenposition hat die Volkspartei inne, gefolgt von Lettlands Weg, Für Vaterland und Freiheit/Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands, den Sozialdemokraten und der Neuen Partei. Die Partei von Andris Skele erhielt die meisten Stimmen in Liepaja (bei der vorigen Wahl lag hier Lettlands Weg an der ersten Stelle), im Bezirk Kuldiga (vorher Partei Siegerists), im Bezirk Liepaja (vorher Partei Siegerists), im Bezirk Saldus (vorher Lettlands Weg) und im Bezirk Talsi (vorher Lettlands Weg). Lettland Weg erzielte die meisten Stimmen in Ventspils (wie bisher) und im Bezirk Ventspils (vorher Demokratische Partei Saimnieks).

Es ist bemerkenswert, dass in Kurzeme die Volkspartei mit überzeugender Mehrheit die führende Position besetzt. In Liepaja erhält die Volkspartei zweimal soviel Stimmen wie Lettlands Weg. Eine überzeugende Stimmenmehrheit hat die Volkspartei auch im Bezirk Talsi. Im gesamten Wahlkreis Kurzeme erzielt die Volkspartei zwölf Prozent mehr Stimmen als Lettlands Weg, der auf der zweiten Position folgt. Einen so großen Stimmenunterschied zwischen dem Sieger und dem Zweitplazierten gibt es bei dieser Wahl nur noch in Latgale. In den anderen Teilen Lettlands ist die Verteilung der Stimmen ziemlich gleichmäßig. Wenn man Kurzeme mit den anderen Wahlkreisen Lettlands vergleicht, hat gerade in Kurzeme der größte Teil der Bevölkerung sein Votum den neugegründeten politischen Kräften – der Volkspartei und der Neuen Partei – gegeben, hier insgesamt 39 Prozent der Wähler. In Zemgale und Vidzeme entschieden sich 33 Prozent, in Riga 25 Prozent und in Latgale nur 14 Prozent für neugegründete politische Kräfte.

■ In Zemgale wird Skele anstelle von Siegerist gewählt

Auch in Zemgale haben sich die politischen Sympathien der Wähler wesentlich geändert. Vor drei Jahren nahm die Spaltenposition die Partei Siegerists ein. Es folgten die Demokratische Partei Saimnieks, Lettlands Weg, Für Vaterland und Freiheit und der Bauernbund. Die Wahlen vom 3. Oktober zeigen ein

**■ Es ist bemerkenswert,
dass in Kurzeme die Volks-
partei mit überzeugender
Mehrheit die führende
Position besetzt.**

anderes Bild. An der ersten Stelle liegt die Volkspartei, gefolgt von Lettlands Weg, den Sozialdemokraten, Für Vaterland und Freiheit/Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands und der Neuen Partei.

In Zemgale hat die Volkspartei die meisten Stimmen in allen Bezirken und in Jelgava gewonnen. Die zweite Stelle nimmt in allen Bezirken Lettlands Weg ein, lediglich in Jelgava die Sozialdemokraten. Doch ist der Sieg der Volkspartei in diesem Teil Lettlands nicht so beeindruckend wie in Kurzeme. Hier ist die führende Partei der nächstfolgenden (Lettlands Weg) um sechs Prozent der Stimmen voraus.

■ In Zemgale hat die Volkspartei die meisten Stimmen in allen Bezirken und in Jelgava gewonnen. Die zweite Stelle nimmt in allen Bezirken Lettlands Weg ein, lediglich in Jelgava die Sozialdemokraten.

■ In Latgale erringt die Partei für Volkseintracht den Sieg

Die politischen Sympathien der Bevölkerung von Latgale sind verhältnismäßig stabil. Bei der Wahl der 6. Saeima war die Sozialistische Partei am populärsten, es folgte die Demokratische Partei Saimnieks, die Sozialdemokraten, Lettlands Weg und die Partei Siegerists. Diesmal gewann die Partei für Volkseintracht vor Lettlands Weg, den Sozialdemokraten, der Volkspartei und der Neuen Partei. Die Partei für Volkseintracht erhielt in Daugavpils (bei der Wahl der 6. Saeima hatte hier die Demokratische Partei Saimnieks gesiegt), in Rezekne (vorher Sozialistische Partei), im Bezirk Kraslava (vorher Sozialistische Partei), im Bezirk Ludza (vorher Lettlands Weg) und im Bezirk Rezekne (vorher die Sozialisten) mehr Stimmen als alle anderen Listen. Lettlands Weg errang die Mehrheit im Bezirk Balvi (vorher Partei Siegerists), im Bezirk Daugavpils (wie bisher) und im Bezirk Preili (vorher Partei Siegerists).

■ Die politischen Sympathien der Bevölkerung von Latgale sind verhältnismäßig stabil.

In Latgale liegt die Partei für Volkseintracht 13 Prozent vor Lettlands Weg. In Rezekne erhielt die Partei für Volkseintracht viermal soviel Stimmen wie die zweitpopulärste Partei, auch hier Lettlands Weg. Dieses ist der größte Stimmenunterschied, den man überhaupt in Bezirken und Städten von Bedeutung in Lettland beobachten konnte. In Daugavpils stimmten fast dreimal so viele Wähler für die Partei für Volkseintracht als für die zweitplazierte Partei, Lettlands Weg. Im Bezirk Balvi erhielt Lettlands Weg zweimal soviel Stimmen wie die Volkspartei, die hier die zweite Position einnimmt.

■ In der Hauptstadt siegt überraschend die Partei für Volkseintracht

Nach der Wahl der 6. Saeima sah in Riga die Liste der populärsten Parteien wie folgt aus: Für Vaterland und Freiheit/Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands, vor der Demokratische Partei Saimnieks, Lettlands Weg, der Partei Siegerists und der Partei für Volkseintracht. Jetzt liegt die Partei für Volkseintracht an erster Stelle, Für Vaterland und Freiheit bleibt an der zweiten, gefolgt von der Volkspartei Lettlands Weg und den Sozialdemokraten. Die Partei Für Vaterland und Freiheit/Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands bleibt um 8000 Stimmen oder drei Prozent der Stimmen hinter der Partei für Volkseintracht zurück. Der Partei für Volkseintracht ist bei dieser Wahl gelungen, um 13 000 Stimmen die Gesamtsumme der Stimmen zu übertreffen, die bei der vorigen Wahl für sich selbst und die Sozialisten abgegeben worden waren. Es kann behauptet werden, dass sie den ersten Platz dank der Vereinigung der linken Kräfte in einer Liste und der schlechten Ergebnisse der Partei Für Vaterland und Freiheit/LNNK einnimmt.

■ Wer ist der Wahlsieger?

■ Die Wahlen haben stattgefunden und die Wahlergebnisse sind bekannt, aber wahre Freude will nirgendwo aufkommen.

Erst langsam wird klar, wer Sieger und wer Verlierer ist. Die Wahlen haben stattgefunden und die Wahlergebnisse sind bekannt, aber wahre Freude will nirgendwo aufkommen.

Ein ambivalenter Sieg der Volkspartei (Tautas Partija)

Seit Gründung der Volkspartei hat diese Partei kein einziges Mal den ersten Platz in der Popularitätsliste verlassen. Deshalb wunderte kaum jemanden die Tatsache, dass diese Partei die größte Zahl der Wählerstimmen gewann. Aufmerksamkeit erregt eher die Tatsache, dass die Zahl der Mandate nicht so hoch war, wie die Partei vor den Wahlen es erwartete (Anfang des Jahres um 40; noch in der Woche vor den Wahlen 30) und dass die Volkspartei keinen so großen Abstand zu den Verfolgern schaffen konnte, wie es die Meinungsforschungsinstitute vorhersagten.

Der Leiter der Wahlkampagne der Volkspartei, Juris Liepnieks, führt mehrere Faktoren für dieses Ergebnis auf:

- die massive Kampagne gegen den Spitzenkandidaten Andris Skele;
- die Unfähigkeit der Partei, sich besser darzustellen;
- die Tatsache, dass die Konkurrenten (z. B. Lettlands Weg und Neue Partei) über mehr Geld für ihre Werbekampagne verfügten.

Der Soziologe Aivars Tabuns bewertet das Wahlergebnis der Volkspartei als einen Sieg, der lediglich auf dem Papier stattfand, denn die Partei verleumdeten in der Kampagne alle ihre Gegner und geriet so in die Isolierung. Die Tonlage der Kampagne war für die Mehrheit der Gesellschaft unannehmbar. Alle Gegner wurden in dieser Kampagne als Feinde dargestellt, dabei fehlte auch ein inhaltliches Angebot. Alles Gewicht wurde auf die Persönlichkeit von Andris Skele gelegt.

Der Soziologe Aigars Freimanis meint, dass die Volkspartei ihr Potential nicht ganz ausgenutzt habe und gerade die Kampagne, die der Mentalität der Gesellschaft fremd war, an den schwachen Wahlergebnissen schuld sei. Als ein Beispiel dafür führt er die Werbespots mit leicht erkennbaren alten Lokomotiven der Partei Lettlands Weg, mit Siegerists Bananen, mit Raimond Pauls Händen und mit dem Freiheitsdenkmal an. „Der Appell an die Wähler wurde zur Beleidigung der Wähler, die diese Parteien unterstützten,“ so A. Freimanis.

Die Erfahrung der Partei Lettlands Weg trägt Früchte

Obwohl die Meinungsforschungsinstitute ein Anwachsen der Popularität der Partei Lettlands Weg aufzeigten und in der letzten Woche vor der Wahl diese sogar auf den zweiten Platz vorrückte, war das Wahlergebnis für viele eine Überraschung. Vilis Kristopans, der politische Leiter der Wahlkampagne, rief als einziger ins heitere Gedränge im Büro der Partei in der Wahlnacht: „Na, wer sagt's denn! Sieg!“ Im Vergleich zu den Wahlen zur 6. Saeima hat die Popularität der Partei Lettlands Weg um 3,5 Prozent zugenommen. Lettlands Weg ist die einzige Partei Lettlands, die ohne Unterbrechung seit ihrem Bestehen an der Macht war und gleichzeitig eine breite Unterstützung in der Gesellschaft beibehalten konnte.

„Lettlands Weg gleicht einer langfristigen Bankeinlage. Die politische Erfahrung trägt Zinsen, trotz aller Fehler,“ äußert der Soziologe A. Freimanis.

Der Soziologe Aivars Tabuns bewertet das Wahlergebnis der Volkspartei als einen Sieg, der lediglich auf dem Papier stattfand, denn die Partei verleumdeten in der Kampagne alle ihre Gegner und geriet so in die Isolierung.

„Lettlands Weg gleicht einer langfristigen Bankeinlage. Die politische Erfahrung trägt Zinsen, trotz aller Fehler,“ äußert der Soziologe A. Freimanis.

aller Fehler,“ äußert der Soziologe Freimanis. Die Kampagne von Lettlands Weg war zielorientiert und hat emotional nicht forciert. Diese Kampagne stellte die Kompetenz der Partei in den Mittelpunkt und entsprach den Erwartungen eines großen Teils der Gesellschaft. Lettlands Weg hat die Ziele der Partei auf verschiedenen Gebieten, wie beim Referendum, klar formuliert. Die Erfolge beruhten auch auf dem schwachen Start der Konkurrenten. Die Partei glaubte an sich selbst, an die professionelle Kampagne und die geleistete Arbeit. „Wir haben die beste Mannschaft in Lettland, aber der Erfolg beruht auf harter Arbeit,“ so Vilis Kristopans.

TB/LNNK (Vaterland und Freiheit/LNNK) verliert mit der Karte des Referendums

■ In der Meinungsforschung nahm TB/LNNK überzeugend den zweiten Platz nach der Volkspartei ein. Deshalb kann man schwerlich den dritten Platz als Erfolg bezeichnen.

In der Meinungsforschung nahm TB/LNNK überzeugend den zweiten Platz nach der Volkspartei ein. Deshalb kann man schwerlich den dritten Platz als Erfolg bezeichnen. Die Positionen der Nationalpatrioten sind schlechter geworden. Die TB und LNNK/LZP (Lettlands Nationale Unabhängigkeitsbewegung/Lettlands Grüne Partei) hatten bei den Wahlen von 1994 17,7 Prozent der Stimmen (22 Mandate) erhalten, bekamen jetzt aber nur 14,2 Prozent der Stimmen und 17 Mandate. Damit hat sich die Hoffnung der Partei (zumindest soviel Mandate wie in der 6. Saeima – um die 20) nicht erfüllt. Der Vorsitzende von TB/LNNK, Maris Grinblats, gestand den Misserfolg ein und die Hauptursache dafür sei die Betonung auf das Referendum in der Wahlzeit gewesen, während die Wahlen als solche vernachlässigt wurden. Juris Dobelis, der Stellvertreter des Vorsitzenden, betonte, dass ein Teil der Wähler durch die Spaltung der LNNK verloren wurde, und drei bis vier Mandate an kleine nationalpatriotisch orientierten Listen fielen. Die TB/LNNK habe den Fehler gemacht, alles auf die Karte des Nationalismus zu setzen und das Thema Wirtschaft den anderen Parteien zu überlassen. „Die Referendum-Kampagne wurde professionell geführt und die Einstellung der Partei in dieser Frage war sowieso bekannt. Man konnte keine Zusatzpunkte gewinnen. Der innerparteiliche Generationswechsel geschah zu langsam und konkurrenzfähige Persönlichkeiten wie Roberts Zile, Gundars Krasts und Vladimirs Makarovs wurden in

der Kampagne zu wenig in den Vordergrund gestellt. Die TB/LNNK hat einen fatalen Fehler gemacht, als sie mehrere Kandidaten für die wichtigsten Ämter vorstellte. Dies war ein deutliches Signal für die Wähler, dass die Partei zu jeder beliebigen Koalition bereit ist, aber auf die Rolle einer führenden Kraft verzichte. Es entstand der Eindruck, dass die TB/LNNK keine Partei mit einer politischen Perspektive sei und sich dessen bewusst sei.

Die Kraft der Partei für Volkseintracht liegt in der Einigkeit

Den dritten Platz nimmt die Partei der Volkseintracht ein. Diese Leistung der linken Kräfte scheint nicht überraschend zu sein. In der 5. Saeima vereinigten alle linken Parteien zusammen 19,4 Prozent der Stimmen und in der 6. Saeima 12,4 Prozent. Von großer Bedeutung war der gemeinsame Start auf einer Liste, da sie die Stimmen der Nicht-Letten (aber Bürger!) für sich beanspruchten. Große Bedeutung hatte auch das Einvernehmen zwischen zwei so ungleichen Persönlichkeiten wie Janis Jurkans und Alfreds Rubiks. Jurkans ist der Vertreter der modernen Politik und Rubiks ist das Symbol konkurrenzunfähiger politischer Mentalität. Vergleichbares war in Lettland noch nicht vorgekommen.

■ Den dritten Platz nimmt die Partei der Volks- eintracht ein. Diese Leis- tung der linken Kräfte scheint nicht überraschend zu sein.

Sozialdemokraten haben auf ihre Zeit lange gewartet

Den Sozialdemokraten Lettlands ist es nach zwei gescheiterten Versuchen gelungen, in die Saeima einzuziehen. Sie erzielten weniger als die von ihnen selbst erhofften 30 Mandate, aber mehr als die Prognosen versprachen. Im Vergleich zu den Wahlen zur 6. Saeima ist der Kreis der Unterstützer um 8,3 Prozent gewachsen. Keine andere Partei weist eine so große Steigerung auf. Der Vorsitzende der LSDP, Juris Bojars, meint, dass dieses viel Arbeit, aber wenig Geld kostete. „Alles wurde mit Hilfe der direkten Arbeit mit den Wählern und des gründlich ausgearbeiteten Parteiprogramms erreicht. In den schweren Zeiten nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurde alles, was mit ‚soz‘ begann, als schlecht eingeschätzt. Die Zeiten haben sich geändert. Die Kätzchen brauchten Zeit, bis die Augen sich öffneten, und die Nation auch. Vielleicht half uns der Siegeszug der Sozialdemokraten in Europa,“ so J. Bojars.

■ **Die Sozialdemokraten waren bereit, alle Proteststimmen zu sammeln und die günstige Situation (wie Joachim Siegerist oder Albert Kauls vor drei Jahren) nicht zu versäumen.**

Die Sozialdemokraten waren bereit, alle Proteststimmen zu sammeln und die günstige Situation (wie Joachim Siegerist oder Albert Kauls vor drei Jahren) nicht zu versäumen. Die Wahl der populistisch ansprechbaren Wähler ist auf die Sozialdemokraten gefallen. Hier könnte auch die sozialdemokratische Tradition in Nordeuropa und in Lettland vor dem Krieg eine bestimmte Rolle gespielt haben. Bei der weiteren Entwicklung der Sozialdemokraten kommt es darauf an, wie zielstrebig die Partei ihren Namen anwendet und in die Tat umsetzen wird.

Raimonds Pauls erreichte das Maximum

Das Ergebnis der Neuen Partei ist annähernd so, wie die Umfragen es erwarten ließen. Es bleibt aber weit hinter dem zurück, was die Partei vor den Wahlen erhofft hatte (20 bis 25 Mandate). „Wir begannen mit unserer Kampagne drei Monate vor den Wahlen. Objektiv gesehen war dieser Erfolg das Maximale, was wir erzielen konnten,“ so das Vorstandsmitglied der Neuen Partei, Sandris Tocs. Zwischen den beiden neugegründeten politischen Kräften (TP – Volkspartei und JP – Neue Partei) bestand eine direkte Konkurrenz und hier hatte die Volkspartei in der Person des Ex-Premierministers Andris Skele einen Vorteil. Raimonds Pauls verstand es nicht, sich der Gesellschaft als Staatsmann zu präsentieren und weitere Stimmen hinzuzugewinnen. Die Neue Partei bekam so viele Stimmen, wie Raimonds Pauls für sie gewann. Es gelang ihr nicht, Nutzen aus ihrem Image, sie sei eine Partei mit erfolgreichem Nachwuchs, zu ziehen.

■ **Die Parteien in der 7. Saeima der Republik Lettland**

Die Parteienlandschaft in Lettland befindet sich weiterhin im ständigen Wandel. Vor den Wahlen zur 5. Saeima 1993 gab es in Lettland 27 Parteien, von denen acht ins Parlament einzogen. Vor den 6. Saeima-Wahlen 1995 waren insgesamt 42 Parteien im Justizministerium registriert. Nur neun schafften den Sprung über die Vier-Prozent-Hürde und zogen in die 100 Sitze umfassenden Saeima ein. Im Mai 1998 waren in Lettland 41 politische Parteien registriert.

In der 7. Saeima Lettlands sind sechs Parteien und Parteienbündnisse vertreten. Dieses sind: Volkspartei

■ **Die Parteienlandschaft in Lettland befindet sich weiterhin im ständigen Wandel.**

(TP), Lettlands Weg (LC), die Vereinigung Für Menschenrechte im gemeinsamen Lettland, Vaterland und Freiheit/LNNK (TB/LNNK), Bund der Sozialdemokraten Lettlands (LSDA) und Neue Partei (JP).

Volkspartei: Tautas Partija (TP)

Die Volkspartei wurde am 2. Mai 1998 in Rezekne gegründet. Ihr Vorsitzender ist der jetzige Ministerpräsident Andris Skele. Die Partei zählt 1871 Mitglieder. Der Volkspartei sind prominente Mitglieder anderer Parteien beigetreten, darunter Gundars Berzins (Bauernunion), Rihards Piks (DPS), Dzintars Abikis und Janis Lagzdins (LC), Maris Vitols (KDS), Olegs Batarevskis (Grüne Partei Lettlands).

Die Volkspartei versteht sich als eine konservative Partei, deren Politik die Steigerung des Wohlstands der Bürger zum Ziel hat. Das Parteiprogramm macht die Grundideen und Hauptziele der Partei deutlich: „In acht Jahren soll gewährleistet werden, dass zwei erwerbstätige Eltern drei Kinder großziehen und ihre Ausbildung sichern können.“ Die außenpolitischen Prioritäten der Partei sind die Mitgliedschaft in der WHO, der Eintritt in die EU und der Beitritt zur NATO sowie eine enge Zusammenarbeit mit den USA, Russland und Deutschland.

Ungeachtet dessen, dass die Volkspartei die Wahlen zur 7. Saeima gewann (für die Werbekampagne hat die Partei ca. 560 000 Lats ausgegeben) und den größten Anteil der Sitze (24 von 100) im Parlament erreicht, wurde Andris Skele von Staatspräsident Guntis Ulmanis mit der Regierungsbildung nicht beauftragt. Die Volkspartei Lettlands fügte sich zunächst in die Rolle einer Oppositionspartei.

Die Stärken der Partei sind das intellektuelle Potential und die große Popularität des Parteivorsitzenden Andris Skele. Zum Fraktionsvorsitzenden im Parlament wurde Gundars Berzins gewählt.

Die Volkspartei nominierte bei den Präsidentschaftswahlen das Vorstandsmitglied Vaira Paegle. Sie unterlag erst in der 5. Wahlrunde.

Nach dem Scheitern der Regierung Kristopans übernahm am 17. Juli 1999 Andris Skele das Amt des Ministerpräsidenten. Die Volkspartei übernahm erstmals Regierungsverantwortung.

■ Die Volkspartei versteht sich als eine konservative Partei, deren Politik die Steigerung des Wohlstands der Bürger zum Ziel hat.

Lettlands Weg hat sich als eine liberale und reformorientierte Partei etabliert.

Lettlands Weg: Latvijas Cels (LC)

Lettlands Weg (LC) wurde im Sommer 1993 gegründet. Der Parteivorsitzende bis Herbst 1998 war der jetzige Justizminister und langjährige Außenminister Valdis Birkavs. Seit 1998 ist der Parteivorsitzende der ehemalige Fraktionschef Andrejs Pantelejevs. Die Partei zählt ca. 700 Mitglieder.

Lettlands Weg hat sich als eine liberale und reformorientierte Partei etabliert. Das Programm der Partei enthält liberale und konservative Aspekte. Sie tritt für eine zügige Privatisierung ein, unterstützt Privat-eigentum, Wettbewerb, marktgeregelte Preise, eine die Unternehmenstätigkeit fördernde Steuerpolitik und eine sozialverantwortliche Marktwirtschaft.

In der 5. Saeima erhielt die Partei 36 von 100 Mandaten. Zu ihrem Wahlerfolg 1993 hat in großem Maße die kluge Strategie und Taktik beigetragen, indem die Partei als Kandidaten populäre ehemalige Partefunktionäre (z. B. Anatolijs Gorbunovs) sowie anerkannte und angesehene Exilletten (Gunars Meierovics) in einem Team vereinigte.

Lettlands Weg (LC) war die bedeutendste politische Kraft der 5. Saeima und bildete in der Koalition mit der Bauernunion (LZS) von Juli 1993 bis Juli 1994 und mit dem politischen Verband der Volkswirtschaftler von September 1994 bis November 1995 zwei Minderheitsregierungen. Die Ministerpräsidenten waren Valdis Birkavs und Maris Gailis.

In der Legislaturperiode haben die Abgeordneten der Partei sowohl in der Regierung als auch im Parlament pragmatische Ziele verfolgt und wesentliche Wirtschafts- und Verwaltungsreformen durchgesetzt und verwirklicht.

Als regierende Partei in der 5. Saeima, wo sich zu der schweren sozialen Last der durchgeföhrten Wirtschafts- und Verwaltungsreformen noch die Bankenkrise mit verheerenden Folgen gesellte, konnte trotz allem Lettlands Weg (LC) auch in den Wahlen zur 6. Saeima die Position als Regierungspartei (17 Sitze im Parlament) behaupten.

Im April 1995 stellte die Partei ein neues Programm vor. Aufgrund der Erfahrungen anderer europäischer liberaler Parteien wurde eine größere Aufmerksamkeit der Lösung von sozialen Proble-

men gewidmet. Das neue Programm prägen nun konservative und liberale Ideen.

Die Vertreter von LC haben während der 6. Saeima wichtige Ämter in der Regierung (u.a. Valdis Birkavs das des Außenministers) und im Parlament (Indulis Berzins das des stellvertretenden Saeima-Vorsitzenden) bekleidet und die Regierungspolitik unterstützt.

Obwohl die LC-Minister in der 6. Saeima viel kritisiert wurden, haben viele Parteimitglieder (z. B. Anatolijs Gorbunovs) einen hohen Rang in der Popularitätsliste lettischer Politiker belegt.

Bei den 7. Parlamentswahlen im Herbst 1998 erhielt Lettlands Weg (LC) 173 420 Stimmen. Die Partei erlangte 21 Sitze im Parlament. Für den Wahlkampf gab Lettlands Weg ca. 400 000 Lats aus.

Nach den Wahlen vereinbarten Lettlands Weg, TB/LNNK und die Neue Partei die Bildung einer Regierungskoalition. V. Kristopans wurde für das Amt des Ministerpräsidenten dieser Minderheitsregierung nominiert.

Lettlands Weg stellte sechs Minister: Stellvertreter Ministerpräsident und Verkehrsminister Anatolijs Gorbunovs, Außenminister Valdis Birkavs, Finanzminister Ivars Godmanis, Minister für Bildung und Wissenschaft Janis Gaigals, Kulturministerin Karina Petersone und Staatsministerin für Einnahmen Aija Poca.

Auch in der Regierung von Skele ist Lettlands Weg mit fünf Ministern vertreten: Außenminister Indulis Berzins, Verkehrsminister Anatolijs Gorbunovs, Kulturministerin Karina Petersone, Justizminister Valdis Birkavs und Sonderminister für Fragen der Kommunalverwaltung und der staatlichen Reformen Janis Bunkss.

Die Fraktionsvorsitzende ist Kristiana Libane. Für das Amt des Staatspräsidenten schickte die Partei den widerstrebenden Anatolijs Gorbunovs ins Rennen. In der 4. Wahlerunde schied er aus.

Nach dem Scheitern der Regierung Kristopans drohte der Partei der Gang in die Opposition. Kluges Taktieren und umsichtiges Handeln von Lettlands Weg führte dazu, dass Andris Skele auf diese Partei nicht verzichten konnte. Lettlands Weg verbleibt somit als einzige Partei seit Wiedererlangung der Unabhängigkeit in der Regierungsverantwortung.

Die Vereinigung „Für Menschenrechte im gemeinsamen Lettland (Par cilveku tiesibam vienota Latvija/PCTVL)

■ Die Vereinigung stellt eine ziemlich radikale Bewegung dar, jedoch tritt sie für eine alle Nationalitäten integrierende Gesellschaft ein.

Anfang Juni 1998 gab die Partei für Volkseintracht (TSP) ihre Absicht bekannt, zusammen mit der Sozialistischen Partei Gleichberechtigung die Wahlvereinigung „Für Menschenrechte im gemeinsamen Lettland“ zu bilden. Diese Vereinigung wurde mit dem Ziel gegründet, die linksorientierten Kräfte in der 7. Saeima zu konsolidieren. Die Vereinigung stellt eine ziemlich radikale Bewegung dar, jedoch tritt sie für eine alle Nationalitäten integrierende Gesellschaft ein. Der informelle Führer der Vereinigung ist der Ex-Sekretär der Kommunistischen Partei Lettlands, Alfreds Rubiks. Bei der Bildung der Vereinigung sind beide Parteien sehr weitgehende Kompromisse eingegangen. Ihre Programme weisen viele Unterschiede auf, z.B. bezüglich des Beitritts Lettlands zur EU und zur NATO, bezüglich der Staatssprache, der Beziehungen zu Russland u.a.

Bei der 7. Saeima-Wahl erhielt die Wahlvereinigung 140 773 Stimmen und 17 Mandate im Parlament. Die Fraktion im Parlament leitet Janis Jurkans, Vorsitzender der Partei für Volkseintracht (TSP).

Partei für Volkseintracht: Tautas saskanas partija (TSP)

■ Im Programm der Partei für Volkseintracht ist eine deutliche Linksorientierung erkennbar.

Die TSP wurde 1994 auf der Basis der Wahlvereinigung „Eintracht für Lettland“ gegründet. Der Parteivorsitzende ist der Ex-Außenminister Janis Jurkans. Im Programm der Partei ist eine deutliche Linksorientierung erkennbar. In der 6. Saeima hatte die TSP sechs Mandate erhalten und war in der Opposition. Im Jahr 1996 machte sie eine Krise durch. Ein großer Teil der Mitglieder sah für die TSP keine Perspektive und trat der Demokratischen Partei Saimnieks bei. Im Juli 1996 hat die Mehrheit der Delegierten auf einem Parteitag der TSP die Idee der Vereinigung mit der DPS abgelehnt. Die TSP konnte ihren bisherigen Status bewahren, eine größerer Mitgliederteil verließ, wie gesagt, die Partei und schloß sich der DP Saimnieks an. Die TSP verlor im Parlament den Status einer Fraktion. Sie setzte ihre Tätigkeit in der 6. Saeima in der Opposition fort. Es ist ihr allerdings nicht gelungen, ihre politische Identität zu beweisen. Sie hatte wenig Einfluß auf die politischen Prozesse in Lettland.

Sozialistische Partei Lettlands: Latvijas Socialistiska Partija (LSP)

Die LSP wird als Nachfolgerin der ehemaligen Kommunistischen Partei Lettlands angesehen. Obwohl sie während der 5. und 6. Saeima keine bedeutende Rolle bei den politischen Entscheidungen der Saeima gespielt hatte, hat die Partei eine rege Tätigkeit nach der Freilassung ihres Parteivorsitzenden Alfreds Rubiks entfaltet.

Die LSP wird als Nachfolgerin der ehemaligen Kommunistischen Partei Lettlands angesehen.

Die Sozialistische Partei und die Bewegung „Gleichberechtigung“ äußerten ihre Entschlossenheit, die linksorientierten Kräfte Lettlands zu bündeln. Dies haben sie bei den 7. Saeima-Wahlen auch in die Tat umgesetzt.

Vaterland und Freiheit/Lettlands Nationale Unabhängige Bewegung (Tevzemei un Brivibai/Latvijas Nacionala Neatkarības Kustība – TB/LNNK)

Die Vereinigung Für Vaterland und Freiheit wurde 1991 gegründet. Der Partei gehören heute ca. 1700 Mitglieder an. Sie stellt die zweitgrößte Partei Lettlands dar. Der Vorsitzende ist Maris Grinblats.

Vor den Wahlen zur 5. Saeima veröffentlichte die Vereinigung ihr Programm. Die obersten Prioritäten von TB waren damals die Deokkupation Lettlands (Abzug der sowjetischen Streitkräfte; Bildung eines parlamentarischen demokratischen Staates, Erneuerung der Republik von 1918), die Dekolonialisierung (Repatriierung oder Emigration von Personen, die nach Juni 1940 in Lettland eingereist sind) und Einschränkung der Fähigkeit ehemaliger Mitarbeiter der sowjetischen Repressionsbehörden, öffentliche Ämter auszuüben.

In der 5. Saeima leistete die TB eine konsequente Opposition. Sie hat die Erneuerung der Gesetze der ersten Republik Lettland initiiert und Gesetzentwürfe ausgearbeitet, die die Rechte der ehemaligen Angehörigen der sowjetischen Nomenklatura einschränken. Die TB hat gegen massenhafte Einbürgerungen gekämpft. In der 5. Saeima war der reale Einfluß von TB auf die politischen Prozesse zwar nicht groß, jedoch konnte die Partei ihre nationalpolitische Identität – die Verteidigung der Interessen der Bürger Lettlands und der Letten – eindeutig formulieren. Das war eine gute Ausgangssituation für den Erfolg der Partei in den Wahlen zur 6. Saeima. Der radikale

nationale Flügel der Partei demonstrierte seine Fähigkeit zur Konsolidierung und zur Bildung einer Partei im Januar 1995. Die TB war die einzige Partei in der 5. Saeima, die in der Periode zwischen den Wahlen ihren Anhängerkreis zu erweitern und die Zahl der Mandate in der 6. Saeima zu verdoppeln vermochte.

■ Mit dem Ziel, den Einfluss der Partei künftig zu verstärken, vereinigten sich im Juni 1997 die TB und LNNK.

Mit dem Ziel, den Einfluss der Partei künftig zu verstärken, vereinigten sich im Juni 1997 die TB und LNNK. Nach der Demission des damaligen Ministerpräsidenten Andris Skele im Juli 1997 wurde zum Kandidaten auf den Posten des Premiers der Wirtschaftsminister in der Regierung von Andris Skele, der TB/LNNK-Politiker Guntars Krasts nominiert. Im August 1997 wurde die von Guntars Krasts gebildete Regierung in der Saeima bestätigt. Die größten Regierungsfraktionen TB/LNNK, Lettlands Weg (LC), Demokratische Partei Saimnieks (DPS), Bauernunion/CDU Lettlands (LZS/KDS) unterzeichneten den Koalitionsvertrag und das Regierungsabkommen.

Nach dem Ausscheiden der DP Saimnieks aus der Regierung im April 1998 konnte die Regierung von Guntars Krasts ihre Arbeit dank der Unterstützung von Lettlands Weg fortsetzen.

Im Mai 1998 war die TB/LNNK gezwungen, den Änderungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes und der Aufhebung der sogenannten Einbürgerungsfesten zuzustimmen, um eine neue Regierungskrise zu verhindern.

Trotz der Probleme in der Regierung von Guntars Krasts in den Monaten März und April 1998 (Amtsenthebung des Wirtschaftsministers Atis Sausnitis, wirtschaftliche Sanktionen Russlands, Ausscheiden der DP Saimnieks aus der Regierung) hat sich der Anhängerkreis von TB/LNNK vermehrt.

Nationalkonservative Partei Lettlands: Latvijas Nacionala Neatkarības Kustība

■ Als ihre programmatische Priorität formulierte LNNK die Wiederherstellung der Republik Lettland, Deokkupation und Dekolonialisierung, Abzug der sowjetischen Streitkräfte und den Austritt Lettlands aus der UdSSR.

Die LNNK wurde am 10. Juli 1988 gegründet. Sie war die erste gesellschaftlich-politische Organisation in Lettland, die ihre politischen Ziele klar definierte. Als ihre programmatische Priorität formulierte LNNK die Wiederherstellung der Republik Lettland, Deokkupation und Dekolonialisierung, Abzug der sowjetischen Streitkräfte und den Austritt Lettlands aus der UdSSR.

Unter den Gründern von LNNK sind Persönlichkeiten, die heute bekannte Politiker sind, wie Einars Repse (Präsident der Zentralbank Lettlands) und Juris Dobelis (Abgeordneter der 5., 6. und 7. Saeima). Die LNNK vertritt auch heute noch eine radikale Position in den Fragen der Staatsangehörigkeit, der Einbürgerung und der Amtssprache.

In der 5. Saeima verfügte die LNNK über 15 Mandate und stellte die zweitgrößte Fraktion dar. Sie verzichtete auf die Koalition mit Lettlands Weg, wodurch die Bildung einer Mehrheitsregierung wesentlich erschwert wurde. In der Opposition hat die LNNK zusammen mit der Bauernunion (LZS), Vaterland und Freiheit und CDU Lettlands (KDS) den Nationalen Block zur Stärkung der Oppositionskräfte gebildet. Der Nationale Block hatte die Bildung einer Schattenregierung geplant, aber diese Idee wurde nicht verwirklicht, weil er es nicht schaffte, eine konstruktive Tätigkeit im Parlament zu entfalten. Allerdings konnte die Regierung mit der Unterstützung von LNNK bei der Lösung gewisser Probleme rechnen, z.B. der Verabschiedung des Gesetzes über die Sozialleistungen.

Die zentrale Frage der LNNK-Tätigkeit vor den 6. Parlamentswahlen war die Verteidigung nationalpolitischer Ziele. Die LNNK setzte sich für die Förderung lettischer Kultur, des lettischen Bildungssystems und funktionsfähiger nationalen Streitkräfte ein. Bezuglich der Staatsangehörigkeit verteidigte die LNNK das Quotenprinzip für die Einbürgerung und weitere strenge Einschränkungen (z.B. in Form des obligatorischen Nachweises von Kenntnissen der lettischen Sprache). Mit der Verabschiedung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 1994 und der Gründung des Amtes für Einbürgerung musste die LNNK ihre politische Identität neu formulieren. Der Parteitag im Juni 1994 erklärte, dass die LNNK zur führenden nationalkonservativen Kraft in Lettland geworden sei. Es wurde ein neues Parteiprogramm bestätigt, in dem der Förderung der Volkswirtschaft mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Vor den Wahlen zur 6. Saeima wurde die Sperrklausel auf fünf Prozent erhöht, was zur Annäherung ähnlich orientierter politischer Kräfte beitrug. Die LNNK schloss einen Koalitionsvertrag mit der Grü-

■ Im Juni 1997 vereinigten sich die LNNK und TB. Viele bekannte LNNK-Politiker, wie Aleksandrs Kirsteins, haben diese Vereinigung nicht unterstützt und die LNNK verlassen.

nen Partei Lettlands (LZP), der Bauernunion (LZS) und der CDU Lettlands (KDS). Dennoch erhielt sie nur 13 Prozent der Stimmen. Sie beteiligte sich an der Bildung der Koalitionsregierung und stellte zwei Minister.

Im Juni 1997 vereinigten sich die LNNK und TB. Viele bekannte LNNK-Politiker, wie Aleksandrs Kirsteins, haben diese Vereinigung nicht unterstützt und die LNNK verlassen. Sie gründeten eine neue konservative Partei, die Nationale Reformenpartei (NRP).

In den Wahlen zur 7. Saeima erhielt die TB/LNNK 135 700 Wählerstimmen, was ihr 16 Sitze im Parlament einbrachte. Gleichzeitig mit der Parlamentswahl fand am 3. Oktober auf Initiative der TB/LNNK eine Volksabstimmung darüber statt, ob die im Parlament verabschiedeten Änderungen im Staatsangehörigkeitsgesetz aufzuheben seien. TB/LNNK war aber mit den Ergebnissen der Volksabstimmung nicht zufrieden. Sie äußerte ihre Bereitschaft, den politischen Kampf für die Interessen des lettischen Volkes fortzusetzen.

In der Regierung von Vilis Kristopans stellte die TB/LNNK sieben Minister: den sellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für EU-Anlegenheiten Guntars Krasts, Verteidigungsminister Girts Kristovskis, Innenminister Roberts Jurdzs, Wohlfahrtsminister Vladimirs Makarovs, den Minister für Umweltschutz und regionale Entwicklung Vents Balodis, den Minister für Zusammenarbeit mit Internationalen Finanzorganisationen Roberts Zile und die Staatsministerin für Umwelt Inese Vaidere.

Mit lediglich fünf Ministern trat die Partei der Regierung Andris Skele bei. Als Minister wurden ernannt: Girts Kristovskis – Verteidigungsminister, Vladimirs Makarovs – Wirtschaftsminister, Roberts Jurdzs – Wohlfahrtsminister, Vents Balodis – Minister für Umwelt und regionale Zusammenarbeit, und Roberts Zile – Sonderminister für die Zusammenarbeit mit Internationalen Finanzinstitutionen.

Der Fraktionsvorsitzende im Parlament ist Maris Grinblats. Der Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten war der Botschafter Lettlands bei der UNO, Janis Priedkalns. Er scheiterte im dritten Wahlgang.

Bund der Sozialdemokraten Lettlands: Latvijas Sozialdemokratu Apvieniba (LSDA)

Das erste Mal nach der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit zogen in die 7. Saeima die Sozialdemokraten ein. Sie erhielten 123 056 Stimmen und 14 Sitze im Parlament. Der Fraktionsvorsitzende der LSDA ist Egils Baldzens.

Vor der Parlamentswahl vereinigten sich die beiden sozialdemokratisch orientierten Parteien: Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands – LSDSP – (Vorsitzender Janis Adamsons) und die Sozialdemokratische Partei Lettlands – LSDP – (Vorsitzender Juris Bojars).

Nach den Wahlen ist das Ansehen der Sozialdemokraten wesentlich gestiegen. Im Januar 1999 waren sie die zweitpopulärste Partei in Lettland und lagen in der Popularität sogar vor Lettlands Weg (LC).

Als oberste Prioritäten nennen die Sozialdemokraten die Bekämpfung der Armut, der sozialen Ungerechtigkeit und die Schaffung einer breiten Mittelschicht.

Am 3. Februar 1999 unterzeichnete Ministerpräsident V. Kristopans mit dem Vorsitzenden des Bundes der Sozialdemokraten Lettlands (LSDA) Egils Baldzens eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Verwirklichung des Regierungsprogramms. Damit wurde die LSDA zu einer Fraktion in der Saeima, die ihre Oppositionsrolle aufgegeben hat. Auf den Sitzungen des Koalitionsrates wird der Vorsitzende der LSDA nur in agrarpolitischen Fragen Stimmrecht haben.

Die LSDA hatte auf mehreren Posten in der Regierung von Vilis Kristopans bestanden und für Peteris Salkazanovs das Amt des Landwirtschaftsministers bekommen.

Zum Stellvertreter des Saeima-Vorsitzenden Janis Straume (TB/LNNK) wurde der Sozialdemokrat Gundars Bojars, der Sohn von Juris Bojars, gewählt.

Neue Partei: Jauna Partija (JP)

Im Januar 1998 wurde bekanntgegeben, dass eine neue Partei mit zentristisch-linker Orientierung gegründet werde. Der Initiator der Parteigründung war der Generaldirektor des norwegischen Konzerns Varner/Hakon Invest in Lettland Ainars Slesers. Auf

■ Als oberste Prioritäten nennen die Sozialdemokraten die Bekämpfung der Armut, der sozialen Ungerechtigkeit und die Schaffung einer breiten Mittelschicht.

dem Gründungsparteitag der Neuen Partei am 14. März 1998 in Riga wurde der bekannte und populäre Komponist und damalige Kulturbeirat des Präsidenten, Raimonds Pauls, zum Vorsitzenden gewählt. Die Partei zählt heute ca. 400 Mitglieder.

Die Neue Partei hat sich folgende Ziele gesetzt: Wiederherstellung der Eintracht in der Gesellschaft, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Implementierung einer neuen Rentenpolitik, Gewinnung von Investoren, Beendigung der Praxis, unrentable Staatskredite zu vergeben, Sicherstellung von Allgemeinbildung, Schaffung von militärisch gut ausgebildeten berufsmäßigen Streitkräften, Verfolgung einer ausgewogenen Außenpolitik und internationalen Zusammenarbeit mit dem Westen und Osten sowie die Förderung der Produktion und Durchsetzung einer neuen Steuerreform.

Unter den Anhängern der Partei gibt es viele junge erfolgreiche Unternehmer. Im Volk wird die Partei „norwegische“ oder „Trollenpartei“ genannt.

Die Neue Partei hat aktiv an der Werbekampagne zur 7. Saeima teilgenommen und ca. 400 000 Lats für ihre Werbung ausgegeben.

Bei den Wahlen zur 7. Saeima haben für die Neue Partei 70 214 Wähler gestimmt. Die Partei errang acht Sitze im Parlament. Sie war die erste Partei, mit der Lettlands Weg gleich nach den Wahlen die Verhandlungen über die Regierungsbildung aufnahm.

Am 7. Oktober 1998 trafen Lettlands Weg, die TB/LNNK und die Neue Partei eine mündliche Vereinbarung über die Bildung einer gemeinsamen Regierung unter Leitung von Vilis Kristopans (LC). Am 2. November 1998 unterzeichnete die Partei einen Koalitionsvertrag über die Regierungsbildung.

Zwei Mitglieder der JP bekleideten wichtige Ministerposten in der Minderheitsregierung von Vilis Kristopans: Wirtschaftsminister war Ainars Slesers und Justizministerin Ingrida Labucka (Tochter des Chefs der Kriminalpolizei Lettlands).

Die Partei hatte ihren Vorsitzenden Raimonds Pauls als Präsidentschaftskandidaten nominiert. Er überstand in der ersten Wahlrunde alle fünf Abstimmungen, aber zog anschließend seine Kandidatur zurück. Er sah ein, dass er keine Mehrheit gewinnen konnte. Er machte somit den Weg frei für die zweite Wahlrunde und für neue Kandidaten.

■ Unter den Anhängern der Partei gibt es viele junge erfolgreiche Unternehmer. Im Volk wird die Partei „norwegische“ oder „Trollenpartei“ genannt.

■ Regierungsbildung

Das Wahlergebnis machte den Verband Lettlands Weg und seinen Wahlkampfleiter Vilis Kristopans zum Sieger der Parlamentswahlen. Kaum jemand hatte damit gerechnet, dass Lettlands Weg so stark zulegen würde und die Volkspartei, trotz des prozentualen Vorsprungs, sich nicht als Wahlsieger fühlen würde.

Bereits am Wahlabend war deutlich, dass die von vielen Wählern erhoffte Regierung, bestehend aus Volkspartei, Lettlands Weg und Vaterland und Freiheit/LNNK, keine Chance hatte.

Bereits in der Wahlnacht vereinbarten Lettlands Weg und die Neue Partei, die Bildung der Regierung in Angriff zu nehmen. Vilis Kristopans wurde mit der Gesprächsleitung beauftragt. Die Neue Partei, von vielen als strategischer Ableger von Lettlands Weg bezeichnet, und Vaterland und Freiheit/LNNK, gewissermaßen der große Verlierer der Wahlen, verständigten sich recht zügig über die Kernpunkte der neuen Regierungsarbeit. Bei Vaterland und Freiheit/LNNK zeigte Vilis Kristopans ein großes Entgegenkommen und auch die Ministerriege dieser Partei spricht dafür, dass dieser Partner unbedingt eingebunden werden musste. Lediglich zwei Ressorts sollte die Neue Partei übernehmen. Auf 46 Abgeordnete stützte sich diese Minderheitsregierung. Kristopans benötigte somit die Unterstützung der Sozialdemokraten. Er erreichte deren Loyalität, was zu ersten Verstimmungen mit Vaterland und Freiheit/LNNK führte. Die Regierungserklärung von Vilis Kristopans fand die Zustimmung von 59 Abgeordneten, und bereits Ende Oktober konnte die neue Regierung die Arbeit aufnehmen.

Die Regierungszusammensetzung wurde ohne den Minister für Landwirtschaft bestätigt. Diese Funktion füllte anfangs Kristopans selbst aus. Erst im Februar 1999 übernahm ein Vertreter der Sozialdemokraten diese Aufgaben. Der Ministerpräsident Vilis Kristopans schloss mit den Sozialdemokraten einen Vertrag, dass die Partei seine Politik unterstützen werde, aber es keinen neuen Regierungsvertrag darüber geben werde. Die Sozialdemokraten traten somit lediglich in Fragen der Landwirtschaft der Regierung bei. Dieses führte zu weiteren Unstim-

■ Bereits in der Wahlnacht vereinbarten Lettlands Weg und die Neue Partei, die Bildung der Regierung in Angriff zu nehmen.

migkeiten mit Vaterland und Freiheit/LNNK, die, ideologisch bedingt, die Sozialdemokraten nicht in der Regierung sehen wollten.

Diese Regierungsbildung von Vilis Kristopans wurde von vielen Seiten mit viel Skepsis betrachtet. Selbst Präsident Guntis Ulmanis, bevor er Kristopans offiziell mit der Regierungsbildung betraute, äußerte sich skeptisch über die Handlungsfähigkeit einer von vielen nicht gewünschten Regierung. Viel Zurückhaltung zeigte die Volkspartei. Kristopans hatte mit Andris Skele Gespräche geführt, aber die angebotenen Posten waren dem vermeintlichen Wahlsieger zu wenig.

I Regierungszusammensetzung

Ministerpräsident und Minister für Landwirtschaft	Vilis Kristopans	LC
Stellv. Ministerpräsident und Verkehrsminister	Anatolijs Gorbunovs	LC
Stellv. Ministerpräsident und Minister für EU- Angelegenheiten	Guntars Krasts	TB/LNNK
Außenminister	Valdis Birkavs	LC
Verteidigungsminister	Girts Valdis Kristovskis	TB/LNNK
Wirtschaftsminister	Ainars Slesers	JP
Finanzminister	Ivars Godmanis	LC
Innenminister	Roberts Jurdzs	TB/LNNK
Minister für Bildung und Wissenschaft	Janis Gaigals	LC
Kulturministerin	Karina Petersone	LC
Wohlfahrtsminister	Vladimirs Makarovs	TB/LNNK
Justizministerin	Ingrīda Labucka	JP
Minister für Umweltschutz und regionale Entwicklung	Vents Balodis	TB/LNNK
Sonderminister für Zusam- menarbeit mit Internatio- nalen Finanzinstitutionen	Roberts Zile	TB/LNNK
Staatsministerin für Einnahmen	Aija Poca	LC
Staatsministerin für Umwelt	Inese Vaidere	TB/LNNK

Abkürzungen der Parteinamen:
TP – Volkspartei, LC – Lettlands Weg, TB/LNNK – Vaterland und Freiheit/LNNK

Skele hatte sein Ziel, wieder Ministerpräsident zu werden, nicht erreicht und war nicht bereit, in einer Regierung, angeführt von Lettlands Weg und Vilis Kristopans (seinem ehemaligen Transport- und Kommunikationsminister), zu arbeiten. Er war bei den Wahlen angetreten, um mit der Volkspartei zu siegen, jetzt musste er lernen, was Opposition bedeutet.

Die Regierungsbildung von Kristopans verlief unspektakulär und viele Minister der Regierung des

Vorgängers Guntars Krasts (Vaterland und Freiheit/LNNK) behielten ihre Posten. Er beabsichtigte, den Weg der Reformen fortzusetzen, Lettland an die EU und NATO weiter heranzuführen und den Wohlstand im eigenen Land anzuheben.

■ Mäßiger Bericht des Ministerpräsidenten nach 100 Amtstagen

Am 6. März 1999 legte Ministerpräsident Kristopans vor der Saeima Rechenschaft über die ersten 100 Tage seiner Regierung ab. Jedoch fiel es selbst den Vertretern der Regierungsparteien schwer, die von der Regierung erzielten Erfolge zu nennen. Viele Abgeordnete wiesen darauf hin, dass der Zusammenhalt der Regierung selbst eine Errungenschaft sei. Die Vertreter der Opposition bemerkten, dass V. Kristopans zu den Leistungen seiner Regierung einige Maßnahmen des vorigen Kabinetts hinzugezählt habe. In der Regierungserklärung gab es nur eine konkrete Maßnahme mit einem Erfüllungstermin in den ersten hundert Tagen, und diese wurde nicht erfüllt.

Bis zum 1. Januar 1999 sollte der Saeima der Gesetzentwurf über Strafverfahren eingereicht werden. Der Gesetzentwurf befindet sich noch im Abstimmungsstadium in den Ministerien.

Die Planung mehrerer Maßnahmen hatte die Regierung mit der Annahme des Staatshaushaltes für das Jahr 1999 verbunden:

- Finanzierung der obligatorischen Vorbereitung der fünf- bis sechsjährigen Kinder auf die Schule,
- Finanzierung der Teilnahme Lettlands am 5. Rahmenprogramm der EU,
- Verhinderung eines finanziellen Defizits,
- Erweiterung der Finanzierung des Fonds für den Straßenbau,
- Bereitstellung von Mitteln für die Bodenvermessung und Eintragungen ins Grundbuch.

Nur ein Teil dieser Maßnahmen wurde durchgeführt, beispielsweise vergab die Regierung Geldmittel für die Teilnahme Lettlands am 5. Rahmenprogramm der EU, später sollten diese jedoch im Haushalt des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft gefunden werden. Im staatlichen Grundhaushalt wurde ein Defizit nicht zugelassen, hingegen in den speziellen Haushalten wurde es nicht vermieden.

■ Am 6. März 1999 legte Ministerpräsident Kristopans vor der Saeima Rechenschaft über die ersten 100 Tage seiner Regierung ab. Jedoch fiel es selbst den Vertretern der Regierungsparteien schwer, die von der Regierung erzielten Erfolge zu nennen.

■ Der Vorsitzende der Volkspartei, Andris Skele, kritisierte die angeblichen Erfolge und bemerkte, dass sich die Widersprüche in der Regierung weiter vertieft hätten.

Der Ministerpräsident wies darauf hin, dass in dieser Zeit 133 Verordnungen des Kabinetts, davon 15 nach der Ordnung des 81. Artikels der Verfassung (Satversme) und 174 Verordnungen der Regierung verabschiedet wurden. Der Saeima wurden 46 Gesetzentwürfe eingereicht.

Der Vorsitzende der Volkspartei, Andris Skele, kritisierte die angeblichen Erfolge und bemerkte, dass sich die Widersprüche in der Regierung weiter vertieft hätten. „Die ersten 100 Tage brachten das vom Volk am meisten Erwartete, die Hoffnung auf eine stabile Regierung, nicht. Die Rede des Premiers war oberflächlich. Sie war ein wenig im Stil der Sowjetzeit gehalten.“

Viele Abgeordneten äußerten die Auffassung, „das Beste sei, dass die Regierung noch nicht zusammengebrochen sei.“ Der Vorsitzende von Lettlands Weg, Andrejs Pantelejevs, vertrat hingegen die Meinung, dass die Hauptaufgabe der ersten 100 Tage, der alle anderen untergeordnet wurden, die erfolgreiche Bewilligung des Staatshaushaltes war. Ferner sei es eine positive Tatsache, dass sich diese Regierung der Landwirtschaft zugewendet habe. Die Regierung habe auch die Einstellung gegenüber der Verteidigung geändert, indem sie den NATO-Forderungen für eine Haushaltserhöhung nachkommen wolle.

Der Vorsitzende des Ausschusses für EU-Fragen, Edvins Inkens, (Lettlands Weg) bewertete anerkennend die konsequente Integration in die EU. „Diese Regierung hatte eine schwere Kindheit, denn sie wurde bereits vor der Bildung kritisiert.“

Ministerpräsident a.D. Guntars Krasts wies darauf hin, dass keine Regierung die Möglichkeit habe, in den ersten 100 Tagen sich irgendwie besonders auszuzeichnen, jedoch „habe diese Regierung nicht die Aufgabe, die Arbeit der vorigen Exekutive fortzusetzen, da sie nicht nach einem Rücktritt einer Regierung, sondern nach Saeima-Wahlen gebildet wurde“. Der Vorsitzende der Fraktion des Verbandes der Sozialdemokraten Lettlands, Egils Baldzens, äußerte die Meinung, dass der Regierung nichts Neues vorgeworfen werden sollte, da sie in ihrer Mehrheit der Regierung V. Kristopans von Lettlands Weg und Vaterland und Freiheit/LNNK, die auch während der 6. Saeima an der Macht waren, gebildet würden. Der Ministerpräsident sei ausgewechselt worden,

aber im Stil habe sich wenig geändert. Die jetzigen Resultate habe die vorige Regierung vorbereitet.

■ **Kristopans – nur ein Staatsverwalter**

Fast jede Regierung wird mit Vorschusslorbeeren in die Arbeit entlassen. Neue Ziele werden gesetzt, aber Versprechungen möglichst schnell vergessen. Vilis Kristopans und seine Regierungsmannschaft wurden von der Presse und von politischen Kommentatoren recht unspektakulär in die Saeima begleitet. Fast niemand erwartete von dieser Regierung etwas Bedeutendes. Sie war als nicht gewünschter Kompromiss entstanden und aus Zusammensetzung waren auch keine neuen und radikalen Änderungen zu erwarten.

Außenpolitisch machte die Regierung deutlich, dass der eingeschlagene Weg in Richtung EU fortgesetzt werden soll. Sollte es während der Ratspräsidentschaft Deutschlands nicht gelingen, zu Verhandlungen eingeladen zu werden, so sollte dieses im Dezember 1999 unter finnischer Ratspräsidentschaft geschafft werden. Der Dialog mit Russland sollte fortgesetzt werden. Viele erhoffen sich hier Fortschritte, da Kristopans als ehemaliger Transport- und Kommunikationsminister gute Kontakte nach Moskau hatte. Der vertrauensvolle Kontakt zu Aivars Lembergs, dem Bürgermeister von Ventspils, und der einflussreichsten Person in Kontakten im Erdölbereich mit guten Beziehungen zu Russland, sollte Kristopans helfen. In NATO-Fragen wollte sich die Regierung für die geforderten zwei Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben stark machen.

Innenpolitisch musste sich die Regierung mit dem Sprach- und Staatsangehörigkeitsgesetz auseinandersetzen. Hier stand weiterhin die Forderung der OSZE nach weiterer Liberalisierung der Anwendung des Sprachgesetzes in öffentlichen und privaten Betrieben im Raum.

Für zusätzliche Spannungen in der Koalition sorgten die drei Partner – Neue Partei, Vaterland und Freiheit/LNNK und die Sozialdemokraten.

Die Neue Partei mit Wirtschaftsminister Ainars Slesers und Justizministerin Ingrida Labucka versuchte, mit Offenheit und aus Unkenntnis der politischen Gepflogenheiten sich besonders im Wirtschaftsbereich zu profilieren. Der offene Streit über

Vilis Kristopans und seine Regierungsmannschaft wurden von der Presse und von politischen Kommentatoren recht unspektakulär in die Saeima begleitet. Fast niemand erwartete von dieser Regierung etwas Bedeutendes.

den politischen Einfluss von Ainars Lembergs auf den Verband Lettlands Weg und insbesondere auf Ministerpräsident Kristopans führte zur Entlassung von Wirtschaftsminister Slesers. Im Amt des Wirtschaftsministers folgte ihm Ingrida Udre, ebenfalls Neue Partei.

Vaterland und Freiheit/LNNK konnte sich über die Zahl der Minister und den Einfluss auf die Regierungstätigkeit nicht beklagen. Mit Argwohn wurden die Kontakte von Lettlands Weg zu den Sozialdemokraten beobachtet. Man war gegen eine Regierungs-beteiligung der Sozialdemokraten. Mit der Neuen Partei verfügte man über einen Regierungspartner, der sich politisch nicht geöffnet hatte und dessen Hauptziel das Verbleiben an der Macht war. Die Kontakte zur wichtigsten Oppositionspartei, der Volkspartei, wurden gepflegt und viele Politiker beider Parteien sprachen frühzeitig von beiderseitiger Sympathie.

Zur Erhaltung der Macht benötigte Ministerpräsident Kristopans die Unterstützung der Sozialdemokraten. Weder die Koalitionspartner noch ein Großteil der Abgeordneten des Verbandes Lettlands Weg hätten einer Erweiterung des Koalitionsvertrages zugestimmt.

■ Zur Erhaltung der Macht benötigte Ministerpräsident Kristopans die Unterstützung der Sozialdemokraten. Weder die Koalitionspartner noch ein Großteil der Abgeordneten des Verbandes Lettlands Weg hätten einer Erweiterung des Koalitionsvertrages zugestimmt.

Um die Sozialdemokraten einzubinden, ersann Ministerpräsident Kristopans die Form eines speziellen Vertrages mit ihnen. Die Sozialdemokraten erhielten nur in Fragen der Landwirtschaft ein Rede- und Stimmrecht bei den Regierungssitzungen. Mit Peteris Salkazanovs stellten sie seit Februar 1999 auch den Minister für Landwirtschaft.

War Vilis Kristopans noch als strahlender Sieger für Lettlands Weg aus den Wahlen hervorgegangen, so fand er als Ministerpräsident auch in der eigenen Partei zunehmend Kritiker. In der Regierungsarbeit wurde das Fehlen einer klaren Linie bemängelt. Die Annahme des Haushalts im März 1999 wurde als Kompromiss gewertet und die über die Politik hinausgehenden Kontakte zu Aivars Lembergs wurden für die Regierungstätigkeit als kontraproduktiv eingeschätzt.

Belastend für die Regierungsarbeit wirkten sich die Vorbereitungen der Parteien auf die Präsidentenwahlen am 17. Juni aus. Bereits Mitte Mai kamen Gerüchte auf, dass gemeinsam mit dem Ende der Präsidentschaft von Guntis Ulmanis sich auch das Kräftever-

hältnis in der Saeima ändern könnte. Dieses könnte zum Ende der Regierung von Kristopans führen.

■ Präsidentschaftswahlen

Am 17. Juni 1999 fanden in Lettland die dritten Präsidentschaftswahlen statt. Der Amtsinhaber Guntis Ulmanis konnte nicht wiedergewählt werden. Die Verfassung Lettlands erlaubt nur eine einmalige Wiederwahl.

Für den ersten Wahlgang stellten sich fünf Kandidaten. Es wurde allgemein damit gerechnet, dass dieser Wahlgang keine Entscheidung herbeiführen werde.

Die fünf Kandidaten waren:

Anatolijs Gorbunovs (Lettlands Weg, LC, Minister für Verkehr)

Geboren wurde Gorbunovs im Jahre 1942 im Rajon Ludzu. Er studierte am Technikum in Riga und an der Universität in Moskau. Von 1974 bis 1988 bekleidete er verschiedene Ämter in der KP Lettlands. Eine Zeitlang war er der Parteisekretär der KPL für Fragen der Ideologie. Von 1998 war er Vorsitzender des Parlaments der Lettischen SSR. Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit trat er in die Partei Lettlands Weg ein und vertrat diese in der 5., 6. und 7. Saeima. Er bekleidete mehrere Ministerposten und war in der 5. Saeima der Parlamentsvorsitzende. Die kommunistische Vergangenheit macht Gorbunovs zu einer Person, die Anhänger, aber auch viele Gegner hat. Kurz vor den Parlamentswahlen im Oktober 1998 zog Gorbunovs seine Bereitschaft, für das Präsidentenamt zu kandidieren, zurück, wurde aber im Mai 1999 von der Partei gedrängt, diese Entscheidung zu überdenken.

Vaira Paegle (Volkspartei, TP, Abgeordnete in der 7. Saeima)

Geboren wurde Vaira Paegle in Riga im Jahre 1942. Die Familie emigrierte im Verlauf des Zweiten Weltkriegs nach Deutschland und wanderte anschließend in die USA aus. In den Vereinigten Staaten arbeitete Vaira Paegle in verantwortlichen Positionen in der Verwaltung staatlicher Behörden. Sie war überwiegend mit sozialen Fragen betraut. Im Jahre 1994 wurde sie zur Vorsitzenden des Weltbundes Freier Letten gewählt. Erst im Jahre 1998 kehrte sie

■ Am 17. Juni 1999 fanden in Lettland die dritten Präsidentschaftswahlen statt. Der Amtsinhaber Guntis Ulmanis konnte nicht wiedergewählt werden. Die Verfassung Lettlands erlaubt nur eine einmalige Wiederwahl.

nach Lettland zurück und wurde über die Liste der Volkspartei in die 7. Saeimas gewählt. Derzeit ist sie Mitglied im Ausschuss für Außenpolitik und Europaangelegenheiten.

Arnis Kalnins (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands, LSDSP, Abgeordneter in der 7. Saeima)

Kalnins wurde im Jahre 1935 im Rajon Valmiera geboren. An der Universität Lettlands studierte er Volkswirtschaft und habilitierte sich über das Thema Planwirtschaft. Bis 1987 arbeitete er im Ministerium für Landwirtschaft. Er wurde Abgeordneter im Obersten Sowjet der UdSSR und arbeitete anschließend von 1989 bis 1992 als Berater des Ministerpräsidenten. Von 1993 an versuchte er sich in der Wirtschaft. Er ist Vizepräsident der Latvijas Hipoteku un Zemes banka.

Janis Priedkalns (Vaterland und Freiheit/LNNK, TB/LNNK), Botschafter Lettlands bei der UN)

Priedkalns wurde im Jahre 1934 im Rajon Bauska geboren. Im Jahre 1944 floh die Familie nach Deutschland. In Deutschland studierte er Medizin und arbeitete anschließend als Hochschullehrer an verschiedenen Universitäten in Deutschland, England, Frankreich, Australien und den USA. Sein Fach war die Neuroendiokrinologie. Im Exilbund der Letten übernahm er verschiedene leitende Funktionen. Im Jahre 1995 übersiedelte er nach Lettland und kandidierte erfolgreich zur 6. Saeima.

Raimonds Pauls (Neue Partei, Abgeordneter in der 7. Saeima)

Geboren wurde Pauls im Jahre 1936 in Riga. Er studierte Klavier am Konservatorium in Riga und wurde einer der bekanntesten Komponisten und Pianisten in Lettland. Er bekleidete verschiedene Ämter im Kulturbereich der Lettischen SSR. Von 1989 bis 1993 war er Kulturminister, später bis 1998 Berater des Präsidenten Guntis Ulmanis in Kulturfragen. Im Jahre 1998 wurde er zum Vorsitzenden der Neuen Partei gewählt. Er war Garant für den Einzug dieser Partei in die 7. Saeima. Er ist Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft.

Die Verfassung Lettlands sieht vor, dass bei der Wahl zum Präsidenten mindestens 51 Stimmen der 100 Abgeordneten benötigt werden. In der derzeitigen Zusammensetzung der Saeima bedeutet dies, dass die Eingang von mindestens drei Parteien erforderlich ist.

■ Die Verfassung Lettlands sieht vor, dass bei der Wahl zum Präsidenten mindestens 51 Stimmen der 100 Abgeordneten benötigt werden. In der derzeitigen Zusammensetzung der Saeima bedeutet dies, dass die Eingang von mindestens drei Parteien erforderlich ist.

100 Abgeordneten benötigt werden. In der derzeitigen Zusammensetzung der Saeima (Volkspartei 24, Lettlands Weg 21, Sozialdemokraten 14, Vaterland und Freiheit/LNNK 17, Neue Partei 8, Für Menschenrechte in einem geeinten Lettland 16 Sitze) bedeutet dies, dass die Einigung von mindestens drei Parteien erforderlich ist.

Die Wahlordnung sieht ferner vor, dass im ersten Wahlgang für alle vorgeschlagenen Kandidaten votiert werden darf. Mit dem zweiten Wahlgang beginnend fällt jeweils der Kandidat mit dem geringsten Zuspruch heraus.

	I	II	III	IV	V	I Ergebnis der ersten Wahlgänge:
Gorbunovs	21	21	23	22	–	
Kalnins	14	14	–	–	–	
Paegle	24	24	25	24	24	
Priedkalns	17	17	17	–	–	
Pauls	24	24	32	23	33	

Am vierten Wahlgang nahmen die Abgeordneten der TB/LNNK und die Sozialdemokraten nicht teil. Insgesamt votierten nur 69 Abgeordnete.

An der fünften Abstimmung nahm ein Teil der Sozialdemokraten und der TB/LNNK nicht teil. Es gaben nur 77 Abgeordnete ihre Stimmen ab.

Die sechste Abstimmung fand nicht statt, da Raimonds Pauls seine Kandidatur zurücknahm.

Nach dem Abschluss dieser ersten Wahlrunde hatte erwartungsgemäß kein Kandidat die notwendige Stimmenzahl auf sich vereinigen können.

Zum zweiten Wahlvorgang, den das Saeima-Präsidium noch für den 17. Juni beschloss, wurden drei neue Kandidaturen aufgestellt:

- Valdis Birkavs (Lettlands Weg, LC, Außenminister)
- Ingrida Udre (Neue Partei, JP, Wirtschaftsministerin)
- Vaira Vike-Freiberga (parteilos, Direktorin des Lettland-Instituts)

Die Kandidaten Valdis Birkavs und Ingrida Udre wurden von ihren Parteien aufgestellt. Vaira Vike-Freiberga wurde von drei Parteien (TB/LNNK, TP und Sozialdemokraten) ins Rennen geschickt. Diese drei Parteien verfügen über 55 Stimmen. Ihre Kandidatur wurde damit begründet, dass Vaira Vike-Frei-

berga eine klar proeuropäische Einstellung habe, unabhängig von Lettlands ökonomischen und politischen Gruppierungen sei und eine eindeutige Stellung in nationalen Frage beziehe.

Die erste Abstimmung entpuppte sich wegen falscher Ausfüllung eines Wahlzettels als untauglich. Es wurde beschlossen, neu abzustimmen, was zu folgendem Ergebnis führte:

Vaira Vike – Freiberga	53 Stimmen
Valdis Birkavs	21 Stimmen
Ingrida Udre	12 Stimmen

Die Fraktion „Für Menschenrechte in einem geeinten Lettland“ votierte nicht.

Die neue Präsidentin Vaira Vike-Freiberga wurde im Jahre 1937 in Riga geboren. Sie studierte in Kanada Psychologie und beendete das Studium als Dr.phil. Sie arbeitete an der Universität in Montreal auf dem Gebiet der Psycholinguistik widmete dabei den lettischen Volksliedern viel Aufmerksamkeit. Vaira Vike-Freiberga nahm an der Leitung von nationalen und internationalen Forschungsorganisationen teil. Seit Oktober 1998 ist sie Direktorin des Lettland-Instituts in Riga, das sich mit der Erarbeitung eines positiven Images des Landes in der Welt befasst.

Vaira Vike-Freiberga trat das Amt der Präsidentin am 8. Juli an. Auf ihrer ersten Pressekonferenz am 18. Juni 1999 teilte sie der Presse mit, dass in der Außenpolitik ihre Prioritäten der Beitritt zu EU und NATO sein werden. Die Beziehungen zu Russland sollten offen und freundlich bleiben. Positive Änderungen erwarte sie von der Seite Russlands. In der Innenpolitik werde sie sich für Sicherheitsfragen einsetzen. Für Probleme der Nicht-Bürger werde sie „Verständnis und Offenheit anbieten“, weil sie selbst lange Zeit außerhalb der Heimat gelebt habe.

Das Sprachengesetz dürfe die Annäherung zur EU nicht gefährden, müsse aber die Interessen des lettischen Volkes verteidigen. Der Gesetzentwurf habe in diesem Sinn viele Mängel. Vike-Freiberga wies darauf hin, dass viele Staaten in Europa strengere Sprachgesetze haben. Der Hohe Kommissar der OSZE, Max van der Stoel, sei noch nicht „ganz Europa“.

Nach ihren politischen Sympathien gefragt, äußerte Vike-Freiberga, dass sie keine politische Partei be-

Vaira Vike-Freiberga trat das Amt der Präsidentin am 8. Juli an. Auf ihrer ersten Pressekonferenz am 18. Juni 1999 teilte sie der Presse mit, dass in der Außenpolitik ihre Prioritäten der Beitritt zu EU und NATO sein werden.

vorzuge. Die Aussagen von Lettlands Weg, dass sie schlecht informiert und leicht manipulierbar sein könnte, lehnte sie ab. Sie werde für genaue und vertrauliche Information sorgen. Die weiteren Beziehungen zu Ministerpräsident Vilis Kristopans (LC) schätzte sie optimistisch ein. Das erste und bisher einzige Treffen habe am 28. Juni stattgefunden.

■ Nach ihren politischen Sympathien gefragt, äußerte Vike-Freiberga, dass sie keine politische Partei bevorzuge.

■ Von Kristopans zu Skele

Diesen Wahlausgang bei den Präsidentenwahlen hatte der Verband Lettlands Weg nicht erwartet. Weder ein Kandidat dieser Partei, Anatolijs Gorbunovs (1. Wahlgang) und Valdis Birkavs (2. Wahlgang), hatte eine Mehrheit auf sich vereinigen können noch hatte ein Kandidat gewonnen, den Lettlands Weg bei den Wahlen unterstützt hatte. Die Wahl von Vaira Vike-Freiberga war eine ernsthafte politische und strategische Niederlage für die Partei.

Noch in der Wahlnacht wurde offen spekuliert, ob jetzt die Regierung von Vilis Kristopans lange Bestand haben könnte. Die Kritik wuchs und der Druck von außen wurde stärker.

In der Folgezeit stellte Kristopans Überlegungen an, wie er seine Regierung stabilisieren könnte. Er suchte einen stärkeren Kontakt zu den Sozialdemokraten und der Volkspartei. Wichtige Politiker beim Koalitionspartner Vaterland und Freiheit/LNNK deuteten dieses als Misstrauen und suchten ihrerseits einen intensiveren Kontakt zur Volkspartei. Der verstärkte Kontakt von Kristopans zu außerhalb der Koalition stehenden Parteien missfiel auch dem Parteivorstand und der Fraktionsspitze von Lettlands Weg. Er verlor zunehmend an innerparteilichem Einfluss.

Der Vertrag von Volkspartei und Vaterland und Freiheit/LNNK über eine engere Zusammenarbeit, der am 3. Juli geschlossen wurde, läutete das Ende der Regierungszeit von Kristopans ein. Beide Parteien verständigten sich darüber, dass es derzeit eine politische und wirtschaftliche Krise gebe und sie bereit seien, diese zu überwinden. In dem Vertrag wird gesagt, dass Lettland eine Regierung brauche, die die Wirtschafts- und Finanzkrise abwenden kann, den möglichen Zusammenbruch des staatlichen Pensionssystems verhindert, die Währung stabil hält, die staatlichen und kommunalen Behörden zum Sparen anhält, das Bildungssystem reformiert und eine Land-

Gedrängt von seiner eigenen Partei, trat Ministerpräsident Kristopans am 5. Juli vom Amt zurück. Indirekt beschuldigte er den Koalitionspartner Vaterland und Freiheit/LNNK, diese Situation herbeigeführt zu haben.

wirtschaftspolitik im Einklang mit den EU-Vorschriften realisiert. Ferner bleibe die EU und NATO das Ziel.

Diese Kritik wollte Kristopans nicht akzeptieren und bestätigte lediglich eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung in der 1. Jahreshälfte 1999.

Gedrängt von seiner eigenen Partei, trat Ministerpräsident Kristopans am 5. Juli vom Amt zurück. Indirekt beschuldigte er den Koalitionspartner Vaterland und Freiheit/LNNK, diese Situation herbeigeführt zu haben.

Der Kooperationsvertrag von Volkspartei und Vaterland und Freiheit/LNNK benötigte einen weiteren Partner, da beide nur über 41 von 100 Abgeordneten in der 7. Saeima verfügen. Über eine Koalitionsbildung sollte mit den Sozialdemokraten, der Neuen Partei und Lettlands Weg verhandelt werden.

Die Sozialdemokraten hatten in den zurückliegenden Monaten gezeigt, dass hier eine politische Kultur und innere Parteidisziplin herangereift war. Einige personalpolitische Fragen in der Führung machten diese Partei weiterhin von gewissen Sympathien abhängig. Die Neue Partei hat den politischen Reifeprozess nicht abgeschlossen. Das Fehlen von politischen Werten und Anschauungen innerhalb der Partei machen sie zu einem unberechenbaren Partner. Ferner stellt sich die Frage, ob die Neue Partei eine langfristige politische Zukunft hat. Lettlands Weg, die gerne einige politische Beobachter in der Oppositionsrolle gesehen hätten, stellte sich als einziger verlässlicher Partner dar.

Am 8. Juli endete die zweite Amtszeit von Präsident Guntis Ulmanis und die Nachfolgerin Vaira Vike-Freiberga wurde in das Amt eingeführt. Gleichzeitig fand die Abstimmung über das Sprachengesetz statt. Mit 73 Stimmen (Volkspartei, Lettlands Weg und Vaterland und Freiheit/LNNK und Sozialdemokraten) bei acht Enthaltungen (Neue Partei) und 16 Gegenstimmen (Für Menschenrechte in einem geeinten Lettland) wurde das Gesetz nach vier Jahren der kontroversen Diskussion in der Saeima angenommen. Es muss von der Präsidentin gegengezeichnet werden.

Diese Abstimmung zeigte, dass eine Variante für eine neue Koalitionsregierung sich herausgebildet hatte. Lettlands Weg forderte gleiche Rechte für alle

drei Koalitionspartner und wollte sich nicht unterordnen. In eine Regierung mit den Sozialdemokraten wollte man ebenfalls nicht eintreten. Die Verhandlungen führten dazu, dass Vaterland und Freiheit/LNNK Guntars Krasts und die Volkspartei Andris Skele als Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten empfahlen.

Die Gunst der politischen Situation ausnutzend unterstützte Lettlands Weg Andris Skele für die Kandidatur zum Ministerpräsidenten, nachdem der Parteivorstand der Volkspartei beschlossen hatte, Lettlands Weg in die Koalition einzubeziehen. Die Entscheidung der Vorstandssitzung von Vaterland und Freiheit/LNNK wurde nicht abgewartet.

Mit gleichen Rechten für alle drei Koalitionspartner wurden nach Aufforderung der Präsidentin, dass Andris Skele die Regierung anführen soll, die offiziellen Verhandlungen am 13. Juli aufgenommen.

Der Kooperationsvertrag von Volkspartei und Vaterland und Freiheit/LNNK diente als Ausgangspunkt. Es sollte ein Aktionsprogramm ausgearbeitet werden, das vorgab, wie die angeführte Krise in kürzester Zeit effektiv überwunden werden könnte. Die Budgetfragen, das Pensionsgesetz, die Bildungsreform und das große Defizit im Sozialbudget zeigten nur die Spitze des Eisberges an Verhandlungsfragen. Die Zurückweisung des Sprachgesetzes an die Saeima durch die Präsidentin wurde bei den Verhandlungspartnern nur beiläufig aufgenommen.

Der Kooperationsvertrag wurde am 15. Juli unterzeichnet. Die neue Regierung versteht sich als „radikale, die Wirtschaft erneuernde Regierung“. Innerhalb von acht Monaten will man die Krise überwunden haben und sichtbare Erfolge vorweisen.

Neben den Kabinettsitzungen soll es keine vorherigen Abstimmungen in einem Koalitionsrat geben. Die Regierung hat sich zwölf Grundziele gesetzt, von deren Erfüllung auch das Verbleiben des jeweiligen Ministers im Amt abhängig gemacht wird. So wird erklärt, diese Regierung sei gebildet worden:

- um die Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden und ein langfristiges und angeglichenes Wirtschaftswachstum zu erreichen;
- um Umstände herbeizuführen, die die lettische Sprache und Kultur bewahren und sich entwickeln helfen;

■ Der Kooperationsvertrag wurde am 15. Juli unterzeichnet. Die neue Regierung versteht sich als „radikale, die Wirtschaft erneuernde Regierung“.

- um ein konkurrenzfähiges Bildungssystem zu schaffen;
- um Lettlands Beitritt zu EU und NATO zu sichern und effektiv die Außenpolitik zu realisieren;
- um schlagkräftig gegen Korruption und Kriminalität vorzugehen;
- um den Zusammenbruch des Rentensystems zu verhindern und dessen stabiles Funktionieren zu erreichen;
- um eine sparsame und effektive Staats- und Selbstverwaltung herauszubilden;
- um eine klare Landwirtschaftspolitik und eine reale Konkurrenzsituation zu schaffen;
- um die Privatisierung abzuschließen;
- um die demographische Krise zu überwinden und Umstände zu schaffen, die eine gesunde und starke Familie gewährleisten;
- um leistungsfähige Verteidigungskräfte aufzubauen sowie
- um Umstände zu schaffen, die die Herausbildung einer Zivilgesellschaft zulassen.

Mit 60 gegen 37 Stimmen wurde Andris Skele zum dritten Mal zum Ministerpräsidenten der Republik Lettland gewählt.

Am folgenden Tag stellte sich Andris Skele den Angeordneten in der 7. Saeima. Mit 60 gegen 37 Stimmen wurde Andris Skele zum dritten Mal zum Ministerpräsidenten der Republik Lettland gewählt. In seiner Rede vor den Abgeordneten wies er wiederholt auf die schwierige Haushaltssituation hin. Man müsse sparen, aber gleichzeitig Erfolge in wichtigen Bereichen aufweisen und müsse auf eine positive Entscheidung für den EU-Beitrittsprozess in Helsinki hoffen. Lettland müsse jetzt arbeiten.

Lettlands Weg und Vaterland und Freiheit/LNNK schickten bekannte Politiker in die Regierungsmannschaft von Andris Skele. Mit Indulis Berzins bekommt Lettland einen neuen Außenminister, während Valdis Birkavs das Justizressort übertragen wird. Hier mußte wohl Lettlands Weg in der Perso-naldiskussion etwas zurückstehen. Vaterland und Freiheit/LNNK konnten ihre Vorstellungen weitgehend realisieren. Völlig aus der Ministerverantwortung fällt Guntars Krasts, der sogar als Ministerpräsident oder Außenminister gehandelt wurde. Politische Neulinge sind teilweise die Minister von der Volkspartei. Hier wurden zum Teil Leute, die wenig bekannt sind, auf verantwortungsvolle Positionen gesetzt. Es scheint die Hoffnung zu bestehen,

dass sich die Kompetenz mit der Amtsführung einstellen werde; es sei denn, dass sich der Ministerpräsident durch den Erfahrungsmangel der Ressortchefs ein Mitspracherecht sichern wolle.

Ministerpräsident	Andris Skele	TP
Außenminister	Indulis Berzins	LC
Verteidigungsminister	Girts Valdis Kristovskis	TB/LNNK
Wirtschaftsminister	Vladimids Makarovs	TB/LNNK
Finanzminister	Edmunds Krastins	TP
Verkehrsminister	Anatolijs Gorbunovs	LC
Innenminister	Mareks Seglins	TP
Ministerin für Bildung und Wissenschaft	Silva Golde, seit 17.12. Maris Vitols	TP
Kulturministerin	Karina Petersone	LC
Wohlfahrtsminister	Roberts Jurdzs	TB/LNNK
Justizminister	Valdis Birkavs	LC
Landwirtschaftsminister	Aigars Kalvitis	TP
Minister für Umweltschutz und regionale Entwicklung	Vents Balodis	TB/LNNK
Sonderminister für Zusammenarbeit mit Internationalen Finanzinstitutionen	Roberts Zile	TB/LNNK
Sonderminister für Fragen der Kommunalverwaltung und Reformen staatlicher Verwaltung	Janis Bunkss	LC

■ Regierungszusammensetzung

Abkürzungen der Parteienamen: TP – Volkspartei, LC – Lettlands Weg, TB/LNNK – Vaterland und Freiheit/LNNK

■ Skeles dritter Versuch

Die Regierungszeit von Vilis Kristopans war kurz, aber hinterließ besonders im Finanzbereich viele Probleme. Eine große Bedeutung erhielt somit die Aufstellung des Haushaltes 2000. In fast allen Positionen musste Finanzminister Edmunds Krastins Kürzungen vornehmen. Dieses traf den sozialen Bereich wie auch den Militärhaushalt, wo man gerne den NATO-Forderungen entsprochen hätte. Das Defizit betrug 80,5 Millionen Lats, was zwei Prozent des BIP darstellt. In der Saeima fanden drei Aussprachen statt und am 2. Dezember wurde dieser Haushalt angenommen.

Die Regierungsarbeit wurde von zwei Vorhaben bestimmt. Zum einen initiierten die Sozialdemokraten ein Referendum über die Änderungen im Rentengesetz. Sie sahen die Möglichkeit, sich als Für-

■ In fast allen Positionen musste Finanzminister Edmunds Krastins Kürzungen vornehmen. Dieses traf den sozialen Bereich wie auch den Militärhaushalt, wo man gerne den NATO-Forderungen entsprochen hätte. Das Defizit betrug 80,5 Millionen Lats, was zwei Prozent des BIP darstellt.

sprecher der Rentner darzustellen und forderten eine Anhebung der Rentenzahlungen, die Beachtung des Pensionierungsalters und eine bessere Versorgung. Die Aussprache in der Saeima erbrachte mehrere Änderungen des Entwurfs und mündete in eine gemilderte Änderung des Rentengesetzes. Diese Änderungen sehen eine allmäßliche Erhöhung des Rentenalters vor, die Möglichkeit für berufstätige Rentner, gleichzeitig eine Rente in Höhe von bis zu 60 Lats zu erhalten und ferner eine vorzeitige Pensionierungsmöglichkeit. Die Forderung des Referendums wurde nicht fallengelassen. Das Referendum scheiterte am Quorum, da nur 70 Prozent sich beteiligten.

Zum anderen forderten die Lehrer die von der Regierung versprochenen Gehaltserhöhungen. Nachdem Protestkundgebungen zu keinem Ergebnis führten, gingen Ende November die Lehrer in einen einwöchigen Streik. Die Gewerkschaft der Lehrer (LIDZA) führte Gespräche mit Ministerin Golde, dem Ministerpräsidenten und der Präsidentin. Von ihrer Forderung einer Erhöhung ihrer Gehälter in Höhe von zwei Monatsgehältern wollten sie nicht abrücken. Die Regierung zeigte sich bereit, einer Gehaltserhöhung von vier bis acht Lats (ca. 12 bis 24 DM) zuzustimmen. Die festgefahrenen Positionen führten dazu, dass Ministerin Golde am 16. November ihren Rücktritt einreichte. Nachdem die Präsidentin die schnellere Ausarbeitung einer Bildungsreform der Regierung als dringlich nahe legte, lenkten die Lehrer ein. In den Haushalt 2000 fand diese Forderung Eingang. Als Nachfolger im Amt des Ministers für Bildung wurde Maris Vitols am 17. Dezember bestätigt. Er ist mit 27 Jahren der jüngste Minister in der Geschichte Lettlands.

Mit wenig Kritik wurde der Bericht von Ministerpräsident Andris Skele nach 100 Tagen im Amt bedacht. Skele bemerkte gar, dass die Regierung mit der Gangart ein wenig übertrieben habe. Viele Reformen seien dem Bürger nicht hinreichend erklärt worden. Man habe ein zu großes Tempo vorgelegt.

Mit wenig Kritik wurde der Bericht von Ministerpräsident Andris Skele nach 100 Tagen im Amt bedacht. Skele bemerkte gar, dass die Regierung mit der Gangart ein wenig übertrieben habe. Viele Reformen seien dem Bürger nicht hinreichend erklärt worden. Man habe ein zu großes Tempo vorgelegt. Die Opposition knüpfte an diese selbstkritischen Äußerungen des Ministerpräsidenten an und warf ihm ein übereiltes Handeln vor. Er sollte häufiger mit der Opposition reden und nicht nur beschließen. Oberstes Ziel für die kommenden Wochen bleibe die Ein-

ladung zu Beitrittsverhandlungen mit der EU auf dem Gipfel in Helsinki.

Nachdem bereits die Europäische Kommission sich im Vorfeld positiv zu den Fortschritten in Lettland geäußert hatte, war man nicht sonderlich überrascht, dass der Gipfel in Helsinki den erhofften Beginn der Beitrittsgespräche beschloss. Mit einer gewissen Genugtuung nahm man die positiven Worte hinsichtlich der Erfolge in der Wirtschaft, der Politik und auch im Verhältnis zur OSZE auf. Die Kritik, dass die Gesetzgebung und die staatliche Verwaltung noch Defizite aufweise, war allen bekannt. Der Gipfel von Helsinki hatte Lettland aus der zweiten Reihe herausgeholt. Die eingeleiteten Reformen wurden in Europa gutgeheißen, und von jetzt an war man den anderen Kandidatenstaaten gleichgestellt. Von den eigenen Bestrebungen wird jetzt der Beitrittstermin abhängen.

Das Sprachengesetz beschäftigte die Regierung Skeles ebenfalls. Während die Partei Vaterland und Freiheit/LNNK die im Juli 1999 ausgearbeitete Version vertrat, zeigten sich andere Parteien kompromissbereiter. Strittig sind die Artikel 11 und 21, welche den Gebrauch der lettischen Sprache in der Öffentlichkeit in staatlichen und privaten Institutionen und Veranstaltungen regeln. Hier soll bis zum März 2000 ein Programm für die Sprachintegration ausgearbeitet werden.

■ Ausblick

Lettland hat knapp ein Jahr nach den Wahlen die Koalitionsregierung erhalten, die der Bürger bei der Stimmabgabe sich erhofft hatte. Die drei stärksten Parteien – Volkspartei, Lettlands Weg, Vaterland und Freiheit/LNNK – bilden eine Regierung. Mit Andris Skele steht dieser Koalition auch der Wunschkandidat auf den Posten des Ministerpräsidenten vor.

Mit Andris Skele und Vaira Vike-Freiberga steht Lettland ein dynamisches Duo als Ministerpräsident und Präsident vor. Die Erwartungen sind hoch ange-setzt.

Andris Skele bewies bereits in seinen ersten beiden Regierungen, dass er gewillt ist, unpopuläre Schritte zu unternehmen, um die Wirtschaft zu sanieren. Die Krise um die Banka Baltija ist vergleichbar mit der derzeitigen Finanzkrise, die durch Missmanagement der Re-

■ Andris Skele bewies bereits in seinen ersten beiden Regierungen, dass er gewillt ist, unpopuläre Schritte zu unternehmen, um die Wirtschaft zu sanieren.

gierung Kristopans ausgelöst wurde. Anzeichen von bevorstehenden Budgetdefiziten deuteten sich bereits in der Regierungszeit von Guntars Krasts an. Der wirtschaftliche Erfolg, den er als Privatmann mit Ave Lat (Lebensmittelbranche) realisieren konnte, wird erneut in die Diskussion eingebracht werden, verbunden mit der Frage, wo die Grenze zwischen privaten und staatlichen Interesse sei. Man wird häufig die Frage hören, ob Andris Skele jetzt als privater Wirtschaftsmann oder als Ministerpräsident geurteilt habe. Hier sollte er möglichst umgehend eine Lösung finden.

Innenpolitische Themen sollten diese Regierung besonders fordern. Die Reform des staatlichen Rentensystems und des Bildungssystems sowie die Gestaltung einer effektiven Verwaltung sind große Herausforderungen. Nicht minder große Herausforderungen stehen im Justizsystem an. Diese Vorhaben kosten Geld, das nicht zur Verfügung steht.

Moralische Unterstützung hat Lettland im Dezember auf dem EU-Gipfel in Helsinki erhalten. Die Einladung zu offiziellen Verhandlungen über den EU-Beitritt wird den Politikern, aber noch stärker der Bevölkerung zeigen, dass man auf dem richtigen Weg ist. Diese Sympathie für Lettland sollten der neue Außenminister Indulis Berzins und die Präsidentin Vaira Vike-Freiberga gezielt nutzen. Auf einen Durchbruch in den Beziehungen zu Russland sollte nicht zu viel Hoffnung gesetzt werden.

Klug arbeitend, innenpolitische Auseinandersetzungen vermeidend und keine politischen Skandale (Korruption) fördernd, könnte Lettland vor einer politischen und wirtschaftlichen Wiedergeburt stehen. Es sollte die Chance ergreifen und durch eine zielstrebige Politik die Führungsrolle im baltischen Raum für sich einfordern. Lettland hat die Möglichkeit, mit eigenen Kräften die Krise zu überwinden und sich in der wirtschaftlichen Konkurrenzsituation mit den Nachbarländern zu behaupten.

Die Ausstrahlungskraft der neuen Präsidentin wird im internationalen Rahmen Sympathien für Lettland gewinnen. Als intelligente Frau, die fünf Fremdsprachen beherrscht und sich ihrer staatstragenden Rolle bewusst ist, wird sie dem Image Lettlands langfristig nützen. Lettland steht vor dem endgültigen internationalen Durchbruch, doch bleibt die Frage, ob dies auch der Bürger in Lettland weiß.